der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	02 Ministerpräsidentin und Staatskanzlei			
Kapitel	02 01			
Hauptgruppe	HGr. 5			
Titel	527 99 neu			
ggf. Seite				
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe Dienstreisen			

	Regierungsvorlage Ansatz		ge Änderung + mehr / = weniger		atz u	
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
0	0	-131.000	-131.000	-131.000	-131.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Durch den Titel werden die im Einzelplan verteilten Ansätze für Reisekosten um 50 % reduziert.

Begründung:

Die Veränderungen in der Arbeitswelt wurden durch die Folgen der Pandemie zusätzlich und in erheblichem Umfang beschleunigt. Allerorten haben sich die Stärken von digitalen und hybriden Sitzungs- und Veranstaltungsformen etabliert und sind für den Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Auch die Landesregierung soll aus ökologischen und ökonomischen Gründen geeignete Termine dauerhaft auf Videokonferenzen umstellen. Der Ansatz für Dienstreisen wird deshalb um 50 % reduziert.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	02 Ministerpräsidentin und Staatskanzlei			
Kapitel	02 01			
Hauptgruppe	HGr. 5			
Titel	536 02			
ggf. Seite	S. 18			
Zweckbestimmung	Internationale Zusammenarbeit			

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		satz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
49.500	49.500	+10.000	+10.000	59.500	59.500		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Um Gespräche und Delegationsreisen für die Errichtung einer Partnerschaftsregion in der Ukraine zu ermöglichen, werden zusätzliche Mittel veranschlagt.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	02 Ministerpräsidentin und Staatskanzlei			
Kapitel	02 01			
Hauptgruppe	HGr. 5			
Titel	536 09			
ggf. Seite	S. 18			
Zweckbestimmung	Aufwendungen im Zusammenhang mit Länderpartnerschaften			
	Landerpartnerschalten			

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
51.700	51.700	+15.000	+15.000	66.700	66.700		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Veranschlagt u.a. für die Partnerschaften mit Burgund (Frankreich), der Woiwodschaft Oppeln (Polen), Mittelböhmen (Tschechien), Fujian (China), Iwate (Japan), Ruanda und South Carolina (USA) sowie für eine mögliche Partnerschaftsregion in der Ukraine.

Begründung:

Mit den zusätzlichen Mitteln soll die Errichtung einer Partnerschaftsregion in der Ukraine ermöglicht werden, denn Rheinland-Pfalz soll sich mit den Menschen in der Ukraine solidarisch zeigen und sie nicht nur mit materiellen Dingen im Krieg unterstützen. Auch sollen konkret kommunale Partnerschaften mit der Ukraine gefördert werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	02 Ministerpräsidentin und Staatskanzlei			
Kapitel	02 01			
Hauptgruppe	HGr. 5			
Titel	547 03			
ggf. Seite	S. 19			
Zweckbestimmung	Digitale Transformation im Medienbereich			

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
384.300	384.300	+38.430	+80.700	422.730	465.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Eine Reduzierung der Mittel ist das falsche Signal an eine sich positiv entwickelnde Branche. Gerade die Games-Förderung kann bundesweit als Erfolg verzeichnet werden. Aus diesem Grund erhöht der Bund die Fördermittel noch einmal deutlich auf 70 Millionen Euro. Rheinland-Pfalz sollte dem Beispiel folgen und gerade auch für kleine Unternehmen und Existenzgründerinnen und -gründer die notwendige Unterstützung anbieten. Eine jährliche Erhöhung der Ansätze um 10 % erscheint diesem Ansinnen angemessen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport		
Kapitel	03 01		
Hauptgruppe	HGr. 5		
Titel	527 99 neu		
ggf. Seite			
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe Dienstreisen		
	_		

	ngsvorlage Änderung nsatz + mehr / = weniger				atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
0	0	-1.129.000	-1.126.500	-1.129.000	-1.126.500		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Durch den Titel werden die im Einzelplan verteilten Ansätze für Reisekosten um 50 % reduziert.

Begründung:

Die Veränderungen in der Arbeitswelt wurden durch die Folgen der Pandemie zusätzlich und in erheblichem Umfang beschleunigt. Allerorten haben sich die Stärken von digitalen und hybriden Sitzungs- und Veranstaltungsformen etabliert und sind für den Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Auch die Landesregierung soll aus ökologischen und ökonomischen Gründen geeignete Termine dauerhaft auf Videokonferenzen umstellen. Der Ansatz für Dienstreisen wird deshalb um 50 % reduziert.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 29
ggf. Seite	S. 45
Zweckbestimmung	Pauschaler Aufwendungsersatz für den Landessportbund und seine angeschlossenen Organisationen

	gsvorlage Änd satz + mehr		Änderung + mehr / = weniger		atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
7.232.400	7.419.400	+4.613.100	+4.613.000	11.845.500	12.032.400		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Im Sinne der Subsidarität sollen die Sportbünde eigenverantwortlich über ihre Mittelverwendung entscheiden können.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 32
ggf. Seite	S. 46
Zweckbestimmung	Zuschüsse zur Förderung von Sportprojekten - allgemeine Landesmittel

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu	
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
	in Euro					
13.613.100	13.613.100	-4.613.100	-4.613.100	9.000.000	9.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Die Veranschlagungen der Haushaltsmittel sind proportional an den Haushaltsansatz anzupassen.

Begründung:

Im Sinne der Subsidarität sollen die Sportbünde eigenverantwortlich über ihre Mittelverwendung entscheiden können. Daher werden die eingesparten Mittel an der Haushaltsstelle 03 02 684 29 verausgabt.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport			
Kapitel	03 02			
Hauptgruppe	HGr. 8			
Titel	883 31			
ggf. Seite	S. 56			
Zweckbestimmung	Zuweisungen aus Landesmitteln zum Bau von			
	Sport- und Freizeitanlagen			

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023 2024		2023	2024
in Euro					
14.288.700	14.288.700	+4.000.000	+4.000.000	18.288.700	18.288.700

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Sportstätten und Schwimmbäder in Rheinland-Pfalz weisen vielerorts einen massiven Investitionsstau auf. Fehlende Einnahmen während der Corona-Pandemie haben in Teilen diese Situation noch weiter verschlechtert. Hinzu kommen erhöhte Kosten durch steigende Energiepreise. Wenn wir in Zukunft bessere Sportstättten und Schwimmbäder vorhalten möchten, ist ein entsprechender Mittelaufwuchs unerlässlich.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 08
Hauptgruppe	TGr. 71
Titel	518 71
ggf. Seite	S. 154
Zweckbestimmung	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu	
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
	in Euro					
7.400	7.400	+300.000	+400.000	307.400	407.400	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Miete für das Katastrophenschutzlager Sprendlingen.

Mieten für 10 Notbevorratungslagerstätten, die an 10 unterschiedlichen Standorten in Rheinland-Pfalz angesiedelt werden.

Begründung:

Die unterschiedlichen Gefahrensituationen (Hochwasser, Blackouts, Waldbrände etc.) zeigen, dass zur schnellen Gefahrenabwehr zentrale Lagerstätten benötigt werden, um situationsgerecht agieren zu können. Mit den hier zur Verfügung gestellten Mitteln sollen 10 zentrale Lagerstätte, die alle notwendigen Notbevorratungen beinhalten, angemietet werden, sodass im Katastrophenfall sämtliche Maßnahmen ergriffen und umgesetzt werden können.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport			
Kapitel	03 08			
Hauptgruppe	TGr. 71			
Titel	533 71			
ggf. Seite	S. 156			
Zweckbestimmung	Großeinsätze, Übungen, Vorführungen und			
	Besprechungen			

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
96.500	98.300	+500.000	+500.000	596.500	598.300		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Anmerkung zu Ziff. 5:

Erhöhung um jeweils 500.000 EUR für 2023, 2024

Begründung:

Die Erkenntnisse aus der schlimmen Flutkatastrophe, der Trockenheit im Sommer 2022, die Folgen des Ukraine-Krieges sowie die Gefahr bezüglich eines Blackouts verdeutlichen uns, dass wir uns besser vorbereiten müssen. Dazu müssen wir kreisübergreifend, aber auch länderübergreifend mehr Übungen durchführen. Das Land soll die Kosten hierfür übernehmen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 08
Hauptgruppe	TGr. 71
Titel	883 71
ggf. Seite	S. 158 ff
Zweckbestimmung	Investitionszuschüsse an Gemeinden für die Beschaffung von Geräten und Fahrzeugen

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung Ansat ehr / = weniger				
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
in Euro							
2.683.700	3.209.700	+5.000.000	+5.000.000	7.683.700	8.209.700		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Änderung:

Ziff. 1 = Erhöhung um +500.000 (2023/2024)

Ziff. 2 = Förderung von Fahrzeugen und Geräten im Bereiche des Brand- und Katastrophenschutz (Förderung von Tanklöschfahrzeugen)
Erhöhung um +1.250.000 (2023/2024)

Ziff. 3 = Förderung geländefähige Fahrzeugen mit Watttiefe (Anschaffung von 19 Fahrzeugen)
Erhöhung um + 1.250.000 (2023/2024)

Neu:

Ziff.4 = Zuschüsse für Notstrom für Stützpunktwehren sowie 1.000 Stromerzeuger Erhöhung um +2.000.000 (2023/2024)

Die Mittel entsprechend der Ziffer 3 stehen zur Anschaffung von 19 watfähigen Einsatzfahrzeuge des Brand- und Katastrophenschutzes zur Verfügung, die wie folgt auf die Integrierten Leitstellen in Rheinland-Pfalz verteilt werden: Leitstelle Anzahl watfähiger Einsatzfahrzeuge: ILts Bad Kreuznach 2 ILtS Kaiserslautern 2 ILtS Koblenz 3 ILtS Landau in der Pfalz 2 ILtS Ludwigshafen 2 ILtS Mainz 2 ILtS Montabaur 3 ILtS Trier 3 Gesamt: 19

Begründung:

Die Flutkatastrophe im Ahrtal hat gezeigt, wie wichtig watfähige Fahrzeuge bei der Rettung von Menschen, insbesondere bei Hochwasserereignissen sind. Mit den hier bereitgestellten Mitteln sollen den Kommunen, in deren Trägerschaft sich die Integrierten Leitstellen befinden, eine Grundausstattung an watfähigen Fahrzeugen zur Verfügung gestellt werden, die innerhalb der Leitstelle entsprechend zu stationieren sind.

Um für die Waldbrandbekämpfung besser gerüstet zu sein, sollen in den kommenden Jahren auch Tanklöschfahrzeuge mit jeweils 1,25 Millionen Euro zusätzlich gefördert werden. Ferner sollen die Feuerwehrgerätehäuser im Falle eines größeren Stromausfalls oder einer sonstigen Katastrophe zu "Lichtinseln" ausgebaut werden. Mit den hier zur Verfügung gestellten Mitteln sollen die Stützpunktwehren entsprechend ertüchtigt und zusätzlich 1.000 weitere Stromerzeuger für die Gerätehäuser zur Verfügung gestellt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport				
Kapitel	03 08				
Hauptgruppe	HGr. 8				
Titel	883 71				
ggf. Seite	S. 158				
Zweckbestimmung	Investitionszuschüsse an Gemeinden (Gemeindeverbände) für die Beschaffung von Geräten und Fahrzeugen				

Verpflichtungsermächtigung

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023 2024		2023	2024
in Euro					
1.527.000	1.527.000	+ 6.200.000	+ 6.200.000	7.727.000	7.727.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

	2023	2024
	EUR	EUR
Betrag:	7.727.000	7.727.000
davon fällig:		
2024 bis zu	727.000	
2025 bis zu.	3.550.000	727.000
2026 bis zu	3.450.000	3.550.000
2027 bis zu		3.450.000
2028 ff. bis zu		

Begründung:

Die Flutkatastrophe im Ahrtal hat gezeigt, wie wichtig watfähige Fahrzeuge bei der Rettung von Menschen, insbesondere bei Hochwasserereignissen sind. Mit den hier bereitgestellten Mitteln sollen den Kommunen, in deren Trägerschaft sich die Integrierten Leitstellen befinden, eine Grundausstattung an watfähigen Fahrzeugen zur Verfügung gestellt werden, die innerhalb der Leitstelle entsprechend zu stationieren sind.

Um für die Waldbrandbekämpfung besser gerüstet zu sein, sollen in den kommenden Jahren auch Tanklöschfahrzeuge mit jeweils 1,25 Millionen Euro zusätzlich gefördert werden. Ferner sollen die Feuerwehrgerätehäuser im Falle eines größeren Stromausfalls oder einer sonstigen Katastrophe zu "Lichtinseln" ausgebaut werden. Mit den hier zur Verfügung gestellten Mitteln sollen die Stützpunktwehren entsprechend ertüchtigt und zusätzlich 1.000 weitere Stromerzeuger für die Gerätehäuser zur Verfügung gestellt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 08
Titelgruppe	TGr. 74
Titel	883 74
ggf. Seite	S. 161
Zweckbestimmung	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

	Regierungsvorlage Ansatz + r		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
	in Euro				
2.000.000	2.000.000	+10.000.000	+10.000.000	12.000.000	12.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Das Land stellt insgesamt 24 Millionen Euro für die flächendeckende Förderung von Hochleistungssirenen bei den kommunalen Aufgabenträgern bereit. Es ergänzt damit das Sonderförderprogramm des Bundes in den Jahren 2021/2022.

Begründung:

Für die von der Landesregierung im Zuge der LBKG-Reform 2020 veranschlagten rund 67,5 Millionen Euro für die flächendeckende Einrichtung von Hochleistungssirenen ist die derzeit bereitgestellte Summe nicht ausreichend. Vielmehr sollte dem damaligen Vorschlag zu einer Drittellösung gefolgt werden. Rund ein Drittel deckt das Land durch die hier bereitgestellten 24 Millionen Euro. Die beiden anderen Drittel werden unter Berücksichtigung des Sonderförderprogramms des Bundes in den Jahren 2021/2022 jeweils in Höhe von 21,75 Millionen Euro durch Landkreise und kreisfreie Städte sowie mit 21,75 Millionen Euro durch die kreisangehörigen Gemeinden getragen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 09
Hauptgruppe	HGr. 4
Titel	422 01
ggf. Seite	S. 177
Zweckbestimmung	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und
	Beamten (Richterinnen und Richter)
	,

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023 2024		2023	2024
in Euro					
4.270.100	4.330.100	+52.000	+52.000	4.322.100	4.382.100

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Analog zur Polizei soll auch für die Kräfte der Berufsfeuerwehr eine Amtszulage in Höhe von 228 Euro pro Monat gewährt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 09
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	514 01
ggf. Seite	S. 182
Zweckbestimmung	Fahrzeughaltung, Verbrauchsmittel, persönl. Ausrüstungsgegenstände

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
	in Euro				
220.000	230.000	+1.500.000	+1.500.000	1.720.000	1.730.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Neu:

Ziff. 6 Beschaffung und Unterhaltung von Dienst- und Schutzkleidung im Bereich "Waldbrand" + 1.500.000 (sowohl 2023 als auch 2024)

Begründung:

Aufgrund der steigenden Anzahl an Waldbrandgefahren in den letzten Jahren benötigen die Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden eine einsatzgerechte und persönlich angepasste Schutzkleidung "Wald" als Ergänzung zur normalen schweren Schutzausrüstung. Mit den hier zur Verfügung gestellten Mitteln in Höhe von 1,5 Millionen Euro pro Jahr sollen die Kommunen in den kommenden beiden Jahren ihre Einsatzkräfte mit leichter Schutzausrüstung ausstatten können. Die Förderung beträgt maximal 40%.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 09
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	547 03 neu
ggf. Seite	S. 187
Zweckbestimmung	Pilotprojekte Sensoren, Kameras, Satelliten zur Waldbranderkennung

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		satz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
		in Eu	iro		
0	0	+500.000	+500.000	500.000	500.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Pilotprojekt zur frühzeitigen Erkennung und Vorbeugung von Waldbränden mittels optischer Sensoren, Kameras und Satellitenerkennung. Die Förderquote beträgt 50%

Begründung:

Der Waldbrandindex in Rheinland-Pfalz zeigt, dass das Waldbrandrisiko nie größer als im Jahr 2022 war. Damit verbunden ergibt sich eine deutlich gestiegene Waldbrandgefahr in den rheinland-pfälzischen Wäldern.

Mit den hier zur Verfügung gestellten Mitteln in Höhe von 500.000 Euro pro Jahr sollen durch gezielte Pilotprojekte die technischen Voraussetzungen zur frühzeitigen Erkennung und Vorbeugung von Waldbränden geschaffen werden, um effektiv mögliche Gefahren zu reduzieren. Es handelt sich um eine Förderquote in Höhe von 50%.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 09
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	633 02
ggf. Seite	S. 187
Zweckbestimmung	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz u
2023	2024	2023	2024	2023	2024
		in Eu	iro		
900.000	900.000	+2.000.000	+3.240.000	2.900.000	4.140.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Neu:

- 3. Personalzuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte zum Einsatz von 36 Brand- und Katastrophenschutzinspekteuren
- 4. Personalzuweisung an die Landkreise und kreisfreien Städte zum Einsatz von 36 Brandschutzerziehungskoodinatoren

Begründung:

Im Rahmen der Enquete-Kommission 18/1 "Zukunftsstrategien zur Katastrophenvorsorge" wurde besonders deutlich welche herausfordende Aufgabe die Brand- und Katastrophenschutzinspekteure in unseren Kommunen wahrnehmen. In Anbetracht der gestiegenen Anforderungen und der Verantwortlichkeiten ist diese Aufgabe aus unserer Sicht ehrenamtlich jedoch nicht mehr leistbar. Die kreisfreien Städte und Landkreise sollen, sofern nicht bereits geschehen, die Funktion des BKIs daher hauptamtlich besetzen. Die

entstehenden Kosten sollen zu 100% vom Land über Personalkostenzuschüsse übernommen werden.

Darüber hinaus sind Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung wichtige Formen von brandschutzpädagogischer Vermittlungsarbeit, die sich an verschiedene Altersstufen richten, vor allem an Kinder und Jugendliche. Insofern sind Brandschutzerziehung und -aufklärung integrale Bestandteile einer als System angelegten Notfallkompetenz, die bereits im Kindesalter elementar verankert sein sollte. Es handelt sich hierbei um Kompetenzen im Bezug auf Unfälle, Schadensfeuer, Naturkatastrophen, Brände und weitere Bedrohungslagen. Das Land soll sich zu 50% an einer hauptamtlichen Stelle zur Brandschutzerziehung beteiligen. Die eingestellten Personen sollen das noch zu beschaffende Fahrzeug "Brandschutzerziehung" für ihre tägliche Arbeit einsetzen. Mit den hier zur Verfügung gestellten Mitteln sollen daher jeder kreisfreien Stadt und jedem Landkreis pro Jahr insgesamt 3,24 Millionen Euro Personalzuschüsse zur Finanzierung der jeweils 36 Brand- und Katastrophenschutzinspekteure sowie zur Einstellung von 36 neuen Brandschutzerziehungskoordinatoren zur Verfügung gestellt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 09
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	883 01
ggf. Seite	S. 191
Zweckbestimmung	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbänden

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
13.252.200	16.357.700	+5.000.000	+15.000.000	18.252.200	31.357.700		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Neu:

Ziff. 3 Förderung von 36 Gerätewagen "Brandschutzerziehung" zur Brandschutzerziehung u. a. in Kindertagesstätten und Schulen, die Landkreise und kreisfreien Städte zur Verfügung gestellt werden + 1 Millionen Euro (sowohl 2023, als auch 2024)

Ziff. 4 Errichtung von Katastrophenschutzzentren in allen Landkreisen und kreisfreien Städten

+ 3 Millionen Euro (2023); + 12 Millionen Euro (2024)

Ziff. 5 Förderung von 150 Sonderfahrzeugen (50% für All-Terrain-Fahrzeuge) im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes

+ 1 Millionen Euro (2023); +2 Millionen Euro (2024)

Begründung:

Die Flutkatastrophe, die extreme Trockenheit und nicht zuletzt auch die Folgen des schlimmen Ukraine-Krieges haben uns gezeigt, dass wir neuen Gefahrensituationen ausgesetzt sind, denen wir begegnen und für die wir uns besser aufstellen müssen. Voraussetzung für eine gute Einsatzbearbeitung sind auch gut ausgestattete Führungs- und Lageräume. Die Landkreise und kreisfreien Städte sollen in den kommenden fünf Jahren daher zentrale Katastrophenschutzzentren entwickeln/bauen, die dem heutigen Stand der digitalen Technik entsprechen und mit einer Notstromversorgung für mindestens sieben Tage ausgestattet sind. Der Zuschuss soll auf 40% festgelegt werden. Weiterhin haben die Ereignisse der vergangenen Jahre deutlich gemacht, dass wir verstärkt auch flexible Sonderfahrzeuge für die unterschiedlichsten Einsatzlagen benötigen. Dazu sollen 150 sogenannte "All-Terrain-Fahrzeuge" mit 50% bezuschusst werden. Darüber hinaus wollen wir die Brandschutzerziehung vor Ort verbessern und das Ehrenamt entlasten. Jeder Landkreis, sowie jede kreisfreie Stadt erhalten hierzu einen Gerätewagen "Brandschutzerziehung", der speziell auf die Bedürfnisse der Brandschutzerzieher zugeschnitten und mit entsprechendem Material zur Wissensvermittlung beladen ist.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 09
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	883 01
ggf. Seite	S. 191
Zweckbestimmung	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und
	Gemeindeverbände

Verpflichtungsermächtigung

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
5.100.000	5.100.000	+ 6.600.000	+ 18.000.000	11.700.000	23.100.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

	2023	2024
	EUR	EUR
Betrag:	11.700.000	23.100.000
davon fällig:		
2024 bis zu	3.900.000	
2025 bis zu.	3.900.000	3.900.000
2026 bis zu	3.900.000	3.900.000
2027 bis zu		3.900.000
2028 ff. bis zu		

Begründung:

Die Flutkatastrophe, die extreme Trockenheit und nicht zuletzt auch die Folgen des schlimmen Ukraine-Krieges haben uns gezeigt, dass wir neuen Gefahrensituationen

ausgesetzt sind, denen wir begegnen und für die wir uns besser aufstellen müssen. Voraussetzung für eine gute Einsatzbearbeitung sind auch gut ausgestattete Führungs- und Lageräume. Die Landkreise und kreisfreien Städte sollen in den kommenden fünf Jahren daher zentrale Katastrophenschutzzentren entwickeln/bauen, die dem heutigen Stand der digitalen Technik entsprechen und mit einer Notstromversorgung für mindestens sieben Tage ausgestattet sind. Der Zuschuss soll auf 40% festgelegt werden. Weiterhin haben die Ereignisse der vergangenen Jahre deutlich gemacht, dass wir verstärkt auch flexible Sonderfahrzeuge für die unterschiedlichsten Einsatzlagen benötigen. Dazu sollen 150 sogenannte "All-Terrain-Fahrzeuge" mit 50% bezuschusst werden. Darüber hinaus wollen wir die Brandschutzerziehung vor Ort verbessern und das Ehrenamt entlasten. Jeder Landkreis, sowie jede kreisfreie Stadt erhalten hierzu einen Gerätewagen "Brandschutzerziehung", der speziell auf die Bedürfnisse der Brandschutzerzieher zugeschnitten und mit entsprechendem Material zur Wissensvermittlung beladen ist.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport
Kapitel	03 10
Hauptgruppe	HGr. 4
Titel	422 01
ggf. Seite	S. 206
Zweckbestimmung	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und
	Beamten (Richterinnen und Richter)
	,

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
393.516.000	401.974.300	+7.475.000	+7.475.000	400.991.000	409.449.300	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Während Bundespolizisten inzwischen 228,00 Euro pro Monat Polizeizulage zusätzlich zu ihrem regulären Sold erhalten, hat das Land Rheinland-Pfalz sich gegen eine Erhöhung entschieden und es bei 132,00 Euro zu belassen. Mit den hier zur Verfügung gestellten Mitteln soll die Polizeizulage in Rheinland-Pfalz auf 228,00 Euro im Monat angehoben werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	03 Ministerium des Innern und für Sport				
Kapitel	03 10				
Hauptgruppe	HGr. 8				
Titel	812 04				
ggf. Seite	S. 226				
Zweckbestimmung	Beschaffung von polizeitechnischen Geräten				

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
2.301.000	3.261.000	+1.250.000	+1.250.000	3.551.000	4.511.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Mit Mitteln über 2,5 Millionen Euro sollen 5.000 Ersatzhelme angeschafft werden.

Begründung:

Die Gewalt gegenüber unseren Polizeikräften hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Der Einsatzaufwand für unsere Polizistinnen und Polizisten hat stetig zugenommen. Mit der Bereitstellung eines neuen Einsatzhelms wollen wir den persönlichen Schutz erhöhen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	04 Ministerium der Finanzen
Kapitel	04 04
Hauptgruppe	HGr. 2
Titel	261 01
ggf. Seite	S. 42
Zweckbestimmung	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Religionsgemeinschaften für die Erhebung der Kirchensteuer

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
21.700.000	21.800.000	+4.000.000	+4.000.000	25.700.000	25.800.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Es erfolgt eine Anpassung an die Ist-Entwicklung der Vorjahre und des laufenden Jahres. Die aktuelle Steuerschätzung lässt erwarten, dass die Einnahmen auch 2023 und 2024 höher sind.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	05 Ministerium der Justiz			
Kapitel	05 01			
Hauptgruppe	HGr. 5			
Titel	527 99 neu			
ggf. Seite				
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe Dienstreisen			

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
0	0	-444.000	-444.000	-444.000	-444.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Durch den Titel werden die im Einzelplan verteilten Ansätze für Reisekosten um 50 % reduziert.

Begründung:

Die Veränderungen in der Arbeitswelt wurden durch die Folgen der Pandemie zusätzlich und in erheblichem Umfang beschleunigt. Allerorten haben sich die Stärken von digitalen und hybriden Sitzungs- und Veranstaltungsformen etabliert und sind für den Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Auch die Landesregierung soll aus ökologischen und ökonomischen Gründen geeignete Termine dauerhaft auf Videokonferenzen umstellen. Der Ansatz für Dienstreisen wird deshalb um 50 % reduziert.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	05 Ministerium der Justiz
Kapitel	05 01
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	531 05 neu
ggf. Seite	S. 16
Zweckbestimmung	Kampagne "Rechtsstaat macht Schule"

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		satz eu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
	in Euro					
0	0	+50.000	+50.000	50.000	50.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Begründung:

Unser Rechtsfrieden und das staatliche Gewaltmonopol sind tragende Säulen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dafür ist es wichtig, dass die staatlichen Akteure von allen respektiert und die staatlichen Normen des Zusammenlebens von allen akzeptiert werden. Um dies zu stärken soll den jungen Menschen durch Funktionsträger von Polizei, Justiz und Anwaltschaft zentrale Rechts- und Verfassungsnormen vermittelt werden und die Schülerinnen und Schüler zum Austausch über die Regeln unseres Zusammenlebens eingeladen werden. Durch "Rechtsstaat macht Schule" wird unserem Rechtsstaat ein Gesicht gegeben und damit für die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung geworben. Es soll eine Unterrichtsreihe entwickelt werden, die über Aufgaben und Arbeitsweisen von Polizei und Justiz informiert und die Akzeptanz für rechtsstaatliche Entscheidungen stärkt. Damit wird auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	05 Ministerium der Justiz
Kapitel	05 04
Hauptgruppe	HGr. 4
Titel	422 01
ggf. Seite	S. 76
Zweckbestimmung	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und
	Beamten (Richterinnen und Richter)

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
87.333.700	87.559.500	+2.000.000	+2.000.000	89.333.700	89.559.500

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Ähnlich wie bei der Polizeizulage sollen auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug die Schichtzulagen und individuellen Stundenzulagen (Wochenend- und Feiertagszuschlägen) erhöht werden (im Mittel 100 € pro Monat für rd. 1.750 Bedienstete).

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	05 Ministerium der Justiz
Kapitel	05 04
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	517 01
ggf. Seite	S. 83
Zweckbestimmung	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / - weniger		atz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
10.901.000	11.207.000	+100.000	+100.000	11.001.000	11.307.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Um das Betriebsklima im harten Arbeitsalltag des Strafvollzugs zu verbessern, sollen den Bediensteten jeder Haftanstalt des Landes verbesserte Sozialräume zur Verfügung gestellt werden. Wenn Unternehmen verpflichtet werden, Sozialräume vorzuhalten, muss dies auch das Land als öffentlicher Arbeitgeber leisten. Gerade im Bereich des Strafvollzugsgesetzes besteht ein besonderes Bedürfnis, Ruhezeiten in dafür vorgesehenen Räumlichkeiten verbringen zu können. Dies ist Grundvoraussetzung für die Gestaltung eines selbstbestimmten Arbeitsalltags und müsste daher selbstverständlich für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgehalten werden. Dafür werden Mittel in oben genannter Höhe eingestellt.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	05 Ministerium der Justiz
Kapitel	05 04
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	525 03 neu
ggf. Seite	S. 85
Zweckbestimmung	Imagekampagne für die Ausbildung im Strafvollzug

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		satz eu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
	in Euro					
0	0	+50.000	+50.000	50.000	50.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Begründung:

Um das Berufsfeld des Strafvollzugs besser ins Blickfeld von Schulabsolventen zu rücken, sollen im Haushalt Mittel für eine Imagekampagne bereitgestellt werden. Auf diese Weise könnte dem Mangel an geeigneten Nachwuchskräften entgegengewirkt werden. Zudem kann durch eine umfassende Imagekampagne die Attraktivität des Berufsbildes verdeutlicht und so motivierter Nachwuchs gewonnen werden. Die Gewinnung, Ausbildung und Einstellung von zusätzlichen Anwärterinnen und Anwärtern ist gegenüber einer Ausbildungsverkürzung vorzugswürdig.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	06 Ministerium für Arbeit, Soziales,
	Transformation und Digitalisierung
Kapitel	06 01
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	527 99 neu
ggf. Seite	
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe Dienstreisen
	-

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
0	0	-171.000	-171.000	-171.000	-171.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Durch den Titel werden die im Einzelplan verteilten Ansätze für Reisekosten um 50 % reduziert.

Begründung:

Die Veränderungen in der Arbeitswelt wurden durch die Folgen der Pandemie zusätzlich und in erheblichem Umfang beschleunigt. Allerorten haben sich die Stärken von digitalen und hybriden Sitzungs- und Veranstaltungsformen etabliert und sind für den Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Auch die Landesregierung soll aus ökologischen und ökonomischen Gründen geeignete Termine dauerhaft auf Videokonferenzen umstellen. Der Ansatz für Dienstreisen wird deshalb um 50 % reduziert.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	06 Ministerium für Arbeit, Soziales,
	Transformation und Digitalisierung
Kapitel	06 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	526 01 neu
ggf. Seite	S. 30
Zweckbestimmung	Gutachten zur Teilhabe älterer Menschen in Rheinland-Pfalz
	Kneinianu-Piaiz

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu				
2023	2024	2023	2024	2023	2024			
	in Euro							
0	0	+50.000	+50.000	50.000	50.000			

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Begründung:

Nach Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion (18/2127/2523) betr. Teilhabeangebote für ältere Menschen gibt es zu wenig Informationen über die Leistung und den Weiterentwicklungsbedarf der Angebote. Dem soll mit einer Studie hierzu abgeholfen werden, als Grundlage für ein neues Teilhabekonzept.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	06 Ministerium für Arbeit, Soziales,		
	Transformation und Digitalisierung		
Kapitel	06 02		
Hauptgruppe	HGr. 5		
Titel	549 01 neu		
ggf. Seite			
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe		

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
in Euro							
0	0	-2.900.000	-2.900.000	-2.900.000	-2.900.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Die globale Minderausgabe kann aus dem gesamten Einzelplan erbracht werden.

Begründung:

Mit dem Instrument der globalen Minderausgabe, wird eine sparsame und sachgerechte Bewirtschaftung des Haushaltes sichergestellt. Auch die Regierung selbst setzt die Globale Minderausgabe regelmäßig ein. Im Sinne einer anderen Schwerpunktsetzung, soll auch im Einzelplan 06 eine entsprechende Einsparung umgesetzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	06 Ministerium für Arbeit, Soziales,
	Transformation und Digitalisierung
Kapitel	06 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 03
ggf. Seite	S. 33
Zweckbestimmung	Zuschüsse für die Durchführung von
	Schuldnerberatungen

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz u
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
2.650.000	2.700.000	+500.000	+500.000	3.150.000	3.200.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Nach einem Bericht der Rhein-Zeitung vom 25.10.2022 hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung für den laufenden Haushalt zusätzlich 300.000 Euro bereitgestellt, um das Angebot zu erweitern. Der Haushaltsentwurf ist also unterkalkuliert. Eine Orientierung nur an der Höhe der zusätzlichen Mittel für 2022 wäre angesichts der dynamischen Entwicklung nicht nachhaltig. Der Ansatz ist vorsorglich höher bemessen, um das Angebot zu stabilisieren.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	06 Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Kapitel	06 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 27 neu
ggf. Seite	S. 36
Zweckbestimmung	Zuschüsse zur Unterstützung für einsamkeitsgefährdete oder vereinsamende Menschen

					atz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
	in Euro				
0	0	+1.000.000	+1.000.000	1.000.000	1.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Vorgesehen sind Mittel zur Förderung sozialer Beratung und aufsuchender Sozialarbeit (jew. + 500.000 €),

zur Gewinnung, Entlastung und Qualifizierung ehrenamtlicher Kräfte (jew. + 200.000€), zur Förderung von Selbsthilfearbeit (jew. + 100.000€),

zur Förderung von Forschungsarbeiten, Dokumentationen und Evaluationen (+ jew. 100.000 €) und

zur Förderung von Maßnahmen auf betrieblicher Ebene (+ jew. 100.000 €)

Begründung:

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion bezüglich der "Einsamkeit als soziales Problem" (Drs. 18/2905/3452) hat gezeigt, dass die Landesregierung sich der Auseinandersetzung mit dem Problem der Einsamkeit nicht hinreichend auseinandergesetzt hat. Wir brauchen eine Allianz gegen Einsamkeit. Dabei sollen die Kommunen unterstützt werden, flächendeckend zumindest auf Ebene der

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	06 Ministerium für Arbeit, Soziales,
	Transformation und Digitalisierung
Kapitel	06 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 53
ggf. Seite	S. 38
Zweckbestimmung	Zuschüsse zur Bekämpfung von Armut und zugunsten von aufzuwertenden Stadtteilen und Gemeinden, einschließlich Modellmaßnahmen

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / - weniger		atz u
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
1.520.000	1.670.000	+300.000	+300.000	1.820.000	1.970.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Der Betrag für Nr. 3 Tafeln wird auf jew. 310.000 € angehoben.

Begründung:

Die zusätzlichen Mittel sollen der Tafeln zugutekommen und sie wirksam unterstützen. In einem Schreiben vom 3.10.2022 hat die Tafel Rheinland-Pfalz auf Mehrbelastungen der 55 Tafeln in Rheinland-Pfalz allein für Kraftstoff von ca. 150.000 € angesichts der aktuellen Entwicklungen hingewiesen und um Unterstützung gebeten. Darüber hinaus werden zur Stärkung der Hilfestrukturen entsprechende Projektmittel gebraucht. Schleswig-Holstein hat beispielhaft ein Sofortprogramm für die Tafeln aufgelegt. Entsprechend muss in Rheinland-Pfalz agiert werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	06 Ministerium für Arbeit, Soziales,
	Transformation und Digitalisierung
Kapitel	06 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 61
ggf. Seite	S. 40
Zweckbestimmung	Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz u	
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
	in Euro					
1.000.000	1.000.000	+1.000.000	+1.000.000	2.000.000	2.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Zur Verwirklichung der Subsidiarität in unserem Gemeinwesen leisten die Wohlfahrtsverbände entscheidende Beiträge. In der aktuellen Situation steigen mit der Entwicklung von Hilfebedarfen die Erwartungen und Anforderungen an sie. Darauf muss mit einer besseren Förderung reagiert werden. Der frühere Vorschlag wird insoweit erneuert.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	06 Ministerium für Arbeit, Soziales,
	Transformation und Digitalisierung
Kapitel	06 04
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	633 53
ggf. Seite	S. 67
Zweckbestimmung	Landesblindengeld

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
	in Euro				
12.100.000	11.900.000	+50.000	+50.000	12.150.000	11.950.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Aus diesem Titel sollen auch erhöhte Leistungen für taubblinde Menschen gezahlt werden (Taubblindengeld).

Begründung:

Beim Landesblindengeld wird die besondere Situation taubblinder Menschen nicht berücksichtigt. Andere Länder haben ein Taubblindengeld als zusätzliche Leistung. Taubblinde Menschen mit dem Merkzeichen Tbl sollen den doppelten Betrag des jeweiligen Landesblindengeldes erhalten. Angesichts ihrer geringen Anzahl ergeben sich nur verhältnismäßig geringfügige Mehrkosten.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	06 Ministerium für Arbeit, Soziales,
	Transformation und Digitalisierung
Kapitel	06 34
Hauptgruppe	TGr. 76
Titel	883 76
ggf. Seite	S. 146
Zweckbestimmung	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Breitbandausbau
	Somemas varias Zam Brondandadobad

Regierungsvorlage Ansatz		Ände + mehr /	rung - weniger	Ans ne			
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
	in Euro						
27.500.000	75.100.000	+600.000	+600.000	28.100.000	75.700.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Es wird folgender Satz angefügt:

Die Kostenübernahme des Landes soll 40 v. H. der Gesamtkosten betragen.

Begründung:

Ausgehend davon, dass der Regierungsvorschlag eine Förderung seitens des Landes i.H.v. 40 % vorsieht, ist der Ansatz entsprechend zu erhöhen, um die betroffenen Kommunen zu entlasten, da im Besonderen davon auszugehen ist, dass überwiegend finanzschwache Kommunen mit kostenintensiven Projekten zukünftig betroffen sein werden. Zudem muss das Land dem Ausbau eine ähnliche Priorität zumessen, wie es auch der Bund tut. Hier wird der bisherigen Verfahrensweise des Landes entgegengewirkt. Diese sieht vor, dass das Land seinen Kostenanteil bei Förderprojekten für finanzschwache Kommunen reduziert (von 40 auf 30 v.H.), da der Bund seinen Anteil (von 50 auf 60 v.H.) erhöht.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	06 Ministerium für Arbeit, Soziales,
	Transformation und Digitalisierung
Kapitel	06 40
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 01
ggf. Seite	S. 171
Zweckbestimmung	Förderung der anerkannten Volkshochschulen und Landesorganisationen der Weiterbildung

	Regierungsvorlage Änderung Ansatz + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
	in Euro					
10.009.000	10.455.000	+225.225	+337.600	10.234.225	10.792.600	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Die Personalkostenzuschüsse nach dem Weiterbildungsgesetz (WBG) werden verbindlich auf 38.000 € (2023) und 40.000 € (2024) für jede hauptberufliche pädagogische Fachkraft festgesetzt.

Die Grundförderung erhöht sich daher in 2023 von 3.746.000 € auf 3.971.225 € und in 2024 von 3.829.000 € auf 4.156.600 €.

Nach § 18 WBG dürfen die Mittel für die Grundförderung nicht höher sein als die Zuwendungen zum Betrieb.

Begründung:

Mit der Erhöhung der Grundförderung durch die zusätzlichen Mittel soll mehr Geld für die hauptberuflichen pädagogischen Fachkräfte zur Verfügung stehen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	07 Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Kapitel	07 01
	<u> </u>
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	527 99 neu
ggf. Seite	
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe Dienstreisen
	•

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
	in Euro					
0	0	-63.000	-63.000	-63.000	-63.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Durch den Titel werden die im Einzelplan verteilten Ansätze für Reisekosten um 50 % reduziert.

Begründung:

Die Veränderungen in der Arbeitswelt wurden durch die Folgen der Pandemie zusätzlich und in erheblichem Umfang beschleunigt. Allerorten haben sich die Stärken von digitalen und hybriden Sitzungs- und Veranstaltungsformen etabliert und sind für den Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Auch die Landesregierung soll aus ökologischen und ökonomischen Gründen geeignete Termine dauerhaft auf Videokonferenzen umstellen. Der Ansatz für Dienstreisen wird deshalb um 50 % reduziert.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	07 Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und
	Integration
Kapitel	07 02
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	549 01
ggf. Seite	S. 26
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe

Regierungsvorlage Ansatz		Ände + mehr /	derung Ansatz / = weniger				
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
	in Euro						
-2.250.000	-2.250.000	-250.000	-250.000	-2.500.000	-2.500.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Mit dem Instrument der globalen Minderausgabe, wird eine sparsame und sachgerechte Bewirtschaftung des Haushaltes sichergestellt. Auch die Regierung selbst setzt die Globale Minderausgabe im EP 07 ein. Im Haushaltsjahr 2022 hat die Landesregierung gezeigt, dass das Ministerium auch mit einer höheren Minderausgabe seine Aufgaben erfüllen kann. Die Reduzierung des Titels soll daher geringer ausfallen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	07 Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und
	Integration
Kapitel	07 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	685 01 neu
ggf. Seite	S. 33
Zweckbestimmung	Zuwendung an das Institut für Rechtsmedizin der Universitätsmedizin Mainz

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
	in Euro					
0	0	+250.000	+250.000	250.000	250.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Begründung:

Einrichtung und Unterhaltung eines (ersten) Childhood-Hauses als Modellprojekt für die Verbesserung des flächendeckenden Kinderschutzes in Rheinland-Pfalz. Dabei sollen auf Basis der guten Expertise der Rechtsmedizin ein Kompetenzzentrum und eine Netzwerkplattform für die Akteure des Kinderschutzes in Rheinland-Pfalz etabliert werden. Die Childhood-Foundation hat im Zuge der Anhörung zugesichert, mit einem 6-stelligen Betrag den Anschub und Aufbau in Rheinland-Pfalz zu unterstützen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	07 Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und
	Integration
Kapitel	07 06
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	633 07
ggf. Seite	S. 81
Zweckbestimmung	Zuwendungen für Musikschulen - allgemeine Landesmittel
	Landesmiller

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
·	in Euro						
1.000.000	1.400.000	+1.000.000	+600.000	2.000.000	2.000.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Eine Erhöhung der Mittel dient als erster Schritt zur Erreichung der Drittelfinanzierung durch das Land.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	07 Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und
	Integration
Kapitel	07 06
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	686 09 neu
ggf. Seite	S.100
Zweckbestimmung	Zuschuss für den Stand des Landes Rheinland-
	Pfalz bei der Frankfurter Buchmesse

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
	in Euro						
0	0	+10.000	+10.000	10.000	10.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Beitrag zur Unterstützung des Standes des Landes Rheinland-Pfalz bei der Frankfurter Buchmesse

Begründung:

Die Außendarstellung des Landes Rheinland-Pfalz bei der Frankfurter Buchmesse sollte mit einem Beitrag aus dem Kulturhaushalt unterstützt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	07 Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und
	Integration
Kapitel	07 06
Hauptgruppe	TGr. 71
Titel	686 71
ggf. Seite	S. 104
Zweckbestimmung	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im
	Inland

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
	in Euro						
1.892.700	1.686.900	+107.300	+313.100	2.000.000	2.000.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die zusätzlichen Mittel sollen vor allem in den Strukturfonds Laienmusik fließen, damit der Fortbestand der Laienmusikverbände gesichert werden kann. Die Laienmusikverbände haben in den letzten zwei Jahren besonders durch die Corona-Pandemie gelitten, jetzt kommen Inflation und Energiekrise auf sie zu. Mit der Erhöhung der Zuschüsse sollen die gestiegenen Preise ausgeglichen werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	07 Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und
	Integration
Kapitel	07 08
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 02
ggf. Seite	S. 113
Zweckbestimmung	Zuschüsse zur Förderung der
	Verbraucherunterrichtung

	Regierungsvorlage Änderung Ansatz + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
	in Euro					
2.693.400	2.775.800	+40.000	+40.000	2.733.400	2.815.800	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die gestiegenen Energiekosten stellen Verbraucher vor große Herausforderungen. Die Inflation wird von den Wirtschaftsweisen in diesem Jahr bei 8 % und in 2023 bei 7,4 % erwartet. Insofern müssen zahlreiche Verträge insbesondere im Energiebereich zu deutlich gestiegenen Konditionen neu abgeschlossen werden. Verbunden damit steigt der Beratungsbedarf für die Verbaucherzentralen stark an, dem folglich auch Rechnung getragen werden muss.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	07 Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Kapitel	07 12
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 09
ggf. Seite	S. 126
Zweckbestimmung	Zuschüsse an Anlauf- und Beratungsstellen für
	Frauen aus Entwicklungs- und Schwellenländern,
	die von Menschenhandel oder Zwangsprostitution
	betroffen sind

	Regierungsvorlage Änderung Ansatz + mehr / - weniger			Ans ne			
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
	in Euro						
222.200	226.500	+25.000	+25.000	247.200	251.500		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Mit der Erhöhung des Titels um 25.000 € in 2023 und 25.000 € in 2024 soll die wichtige Arbeit der Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V. unterstützt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	07 Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und
	Integration
Kapitel	07 12
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 10 neu
ggf. Seite	S. 126
Zweckbestimmung	Projektförderung "Women go digital"

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
	in Euro					
0	0	+50.000	+50.000	50.000	50.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Begründung:

Nach einer Umfrage des Digitalverbandes Bitkom aus dem Frühjahr dieses Jahres, sind Frauen in der IT- und Digitalwirtschaft auch im Jahr 2022 weiterhin stark unterrepräsentiert. Um dieser Fehlentwicklung entgegenzuwirken und für mehr Frauen in der IT-Branche zu werben, sollte eine Veranstaltungsreihe "Women go digital" ins Leben gerufen werden. Vor allem im Schulalter, aber auch darüber hinaus, sollen die Interessen von Mädchen und jungen Frauen für die IT- und Digitalwirtschaft geweckt werden. Die Veranstaltungsreihe soll für Aufmerksamkeit sorgen und Aufklären.

In Zusammenarbeit mit den Schulen sollen Schülerinnen mit Unternehmen in Kontakt treten können und über berufliche Möglichkeiten in der IT- und Digitalwirtschaft informiert werden. Dazu werden best-practice-Beispiele gesammelt und der Wissensaustausch zwischen den Partnern gefördert.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	07 Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und
	Integration
Kapitel	07 12
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 11 neu
ggf. Seite	S. 126
Zweckbestimmung	Zuschüsse an Beratungsstellen für Frauen und
	Mädchen aus der Ukraine

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
	in Euro					
0	0	+25.000	+25.000	25.000	25.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Begründung:

Mit der Einführung des Titels um jeweils 25.000€ sollen Zuschüsse zu Personalausgaben der Beratungsstellen für Frauen und Mädchen aus der Ukraine ermöglicht werden, die von Kriegs- und häuslicher Gewalt sowie von Kriegsverbrechen betroffen sind.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	07 Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und
	Integration
Kapitel	07 55
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	533 04
ggf. Seite	S. 145
Zweckbestimmung	Bibliotheksverbund Öffentliche Bibliotheken

Regierungsvorlage Ansatz + me		Ände + mehr /	derung Ansat / = weniger				
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
	in Euro						
40.000	40.000	+200.000	+200.000	240.000	240.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Die Mittel stehen für den Aufbau von Digitalen Maßnahmen und zur Weiterentwicklung der Bibliotheken zur Verfügung.

Begründung:

Da das Informations- und Lernportal des Landesbibliothekszentrums auf absehbare Zeit verschoben wurde und öffentliche Bibliotheken, die weiterhin bestehen, mit der Zeit gehen und sich weiterentwickeln müssen, werden Mittel zum Aufbau von digitalen Maßnahmen benötigt.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
-	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 01
Hauptgruppe	HGr. 4
Titel	422 01
ggf. Seite	S. 12
Zweckbestimmung	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und
	Beamten (Richterinnen und Richter)

	gierungsvorlage Änderung Ansatz + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
16.961.900	16.961.900	-800.000	-800.000	16.161.900	16.161.900

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Landesregierung plant im Jahr 2023 knapp 8 % mehr Beamtinnen und Beamte im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau anzustellen. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung, wo Prozesse viel effektiver gestaltet werden können, ist dieser enorme Personalzuwachs schwer zu verargumentieren. Daher ist der Ansatz zu reduzieren.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 01
Hauptgruppe	HGr. 4
Titel	428 01
ggf. Seite	S. 16
Zweckbestimmung	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Regierung Ans	_	_		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
	in Euro				
9.104.000	9.104.000	-300.000	-300.000	8.804.000	8.804.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Landesregierung plant im Jahr 2023 knapp 11 % mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau anzustellen. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung, wo Prozesse viel effektiver gestaltet werden können, ist dieser enorme Personalzuwachs schwer zu verargumentieren. Daher ist der Ansatz zu reduzieren.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 01
Hauptgruppe	TGr. 71
Titel	526 71
ggf. Seite	S. 28
Zweckbestimmung	Ausgaben für die Umsetzung des
	Onlinezugangsgesetz

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
in Euro						
3.889.000	3.423.200	-889.000	-423.200	3.000.000	3.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Aufgrund der stockenden Umsetzung und dem fehlenden Abrufen der Mittel ist der Ansatz zu reduzieren. Über zu bildende Haushaltsausgabereste stehen für die Umsetzung ausreichend Mittel zur Verfügung.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 01
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	527 99 neu
ggf. Seite	
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe Dienstreisen

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
	in Euro						
0	0	-256.000	-265.000	-256.000	-265.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Durch den Titel werden die im Einzelplan verteilten Ansätze für Reisekosten um 50 % reduziert.

Begründung:

Die Veränderungen in der Arbeitswelt wurden durch die Folgen der Pandemie zusätzlich und in erheblichem Umfang beschleunigt. Allerorten haben sich die Stärken von digitalen und hybriden Sitzungs- und Veranstaltungsformen etabliert und sind für den Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Auch die Landesregierung soll aus ökologischen und ökonomischen Gründen geeignete Termine dauerhaft auf Videokonferenzen umstellen. Der Ansatz für Dienstreisen wird deshalb um 50 % reduziert.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	686 23
ggf. Seite	S. 42
Zweckbestimmung	Zuschüsse zu den Kosten von Modellversuchen

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
	in Euro					
60.000	60.000	+240.000	+240.000	300.000	300.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Es werden folgende Sätze angefügt:

Bei den Modellversuchen wird besonders darauf hingewirkt, dass das Handwerk in der Schulbildung präsenter wird. Solche Maßnahmen umfassen zum Beispiel Besuche von Schulklassen in Betrieben oder überbetrieblichen Berufsbildungseinrichtungen, Taschengeld für freiwillige Berufspraktika in den Ferien und die Gewinnung von Lehrkräften für Berufsbildende Schulen (zum Beispiel Meister, Fachwirte etc.).

Begründung:

Der Fachkräftemangel verlangt von uns mehr innovative Ansätze im Bereich der dualen Ausbildung.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 02
Hauptgruppe	TGr. 78
Titel	686 78
ggf. Seite	S. 47
Zweckbestimmung	Zuschüsse zur Förderung von Einzelmaßnahmen

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023 2024			
	in Euro						
1.200.000	1.200.000	+800.000	+800.000	2.000.000	2.000.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Belebten Innenstädten kommt eine große gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung als Orte der Kommunikation und der Begegnung zu. Eine angemessene Unterstützung zum Erhalt und zur zukunftsfähigen Fortentwicklung der innerstädtischen Strukturen liegt also im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Die Transformation unserer Stadtkerne läuft bereits seit mehreren Jahren und ist nicht ausschließlich auf den gerade in der COVID-19-Pandemie gestiegenen Onlinehandel zurückzuführen. So spielen unter anderem nicht nur veränderte Einkommens-, Verhaltens- und Mobilitätsfaktoren, sondern auch Klimawandel und Digitalisierung eine wichtige Rolle. Auch die Implementierung von Citymanagern und die temporäre Anmietung leerer Ladenlokale durch die Kommune für die kulturelle Zwischennutzung bedarf einer zielgerichteten Finanzierung.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 02
Hauptgruppe	TGr. 78
Titel	686 78
ggf. Seite	S. 47
Zweckbestimmung	Zuschüsse zur Förderung von Einzelmaßnahmen
	_

Verpflichtungsermächtigung

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023 2024 2023		2023	2024		
	in Euro						
1.100.000	1.100.000	+ 1.500.000 + 1.500.000		2.600.000	2.600.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

	2023	2024
	EUR	EUR
Betrag:	2.600.000	2.600.000
davon fällig:		
2024 bis zu	2.100.000	
2025 bis zu	300.000	2.100.000
2026 bis zu	200.000	300.000
2027 bis zu		200.000
2028 ff. bis zu		

Begründung:

Belebten Innenstädten kommt eine große gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung als Orte der Kommunikation und der Begegnung zu. Eine angemessene Unterstützung zum

Erhalt und zur zukunftsfähigen Fortentwicklung der innerstädtischen Strukturen liegt also im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Die Transformation unserer Stadtkerne läuft bereits seit mehreren Jahren und ist nicht ausschließlich auf den gerade in der COVID-19-Pandemie gestiegenen Onlinehandel zurückzuführen. So spielen unter anderem nicht nur veränderte Einkommens-, Verhaltens- und Mobilitätsfaktoren, sondern auch Klimawandel und Digitalisierung eine wichtige Rolle. Auch die Implementierung von Citymanagern und die temporäre Anmietung leerer Ladenlokale durch die Kommune für die kulturelle Zwischennutzung bedarf einer zielgerichteten Finanzierung.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	697 01 neu
ggf. Seite	S.44
Zweckbestimmung	Härtefallhilfe für KMU und Unternehmen des Mittelstands

Regierungsvorlage Änderu Ansatz + mehr / =		rung • weniger	Ans ne			
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
in Euro						
0	0	+10.000.000	+10.000.000	10.000.000	10.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Härtefallhilfe für KMU und Unternehmen des Mittelstands für Folgen des Kriegs in der Ukraine und der Energiekrise

Begründung:

KMU und Unternehmen des Mittelstands sind besonders oft von den Folgen des Kriegs in der Ukraine und der aktuellen Energiekrise betroffen. Für besondere Härtefälle, wo die bestehenden Maßnahmen des Bundes nicht ausreichen oder sich Auszahlungen von Bundesmitteln verzögern, soll der Härtefallfonds die Überlebensfähigkeit sichern.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 03
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	541 02
ggf. Seite	S. 60
Zweckbestimmung	Sächliche Ausgaben zur Durchführung geowissenschaftlicher Untersuchungen durch Dritte

_	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / ■ weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023 2024			
	in Euro						
246.600	246.600	+250.000	+250.000	496.600	496.600		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt ergänzt:

Veranschlagt sind:

- Geowissenschaftliche Beratung zur Nutzung von tiefen- sowie oberflächennahen Geothermie

Begründung:

Die Nutzung von Erdwärme beinhaltet eines der größten Potenziale, wenn es um eine nachhaltige und krisensichere Versorgung mit Wärme und Energie geht. Die Energie aus Geothermie lässt sich zum Heizen, Kühlen und zur Stromerzeugung nutzen. Bei der Geothermie wird zwischen der Tiefengeothermie, bei welcher die Erdwärme aus 400 Metern bis mehreren Kilometern gewonnen wird, sowie der Oberflächengeothermie unterschieden, welche ihre Energie aus 50 bis 100 Metern gewinnt.

Vor allem die Energie aus Tiefengeothermie kann ganze Stadtviertel sowie Quartiere mit Wärme und Strom versorgen. Hier erkennt die CDU-Fraktion im Landtag ein großes Potenzial. Deshalb kritisiert die Fraktion es aufs Schärfste, dass die Landesregierung

lediglich auf einer Einschätzung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität die Potenziale auf Landesebene begrenzt und das Engagement dahingehend auf vereinzelte Teile des Landes konzentriert. Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung dazu auf, vorhandene Synergien zu erschließen und gemeinsam mit den regionalen Energieunternehmen entsprechende Fakten zu schaffen. Deshalb soll der Landesgesetzgeber Mittel zur geowissenschaftlichen Beratung zur Nutzung von tiefen- sowie oberflächennahen Geothermie bereitstellen. So werden Grundlagenuntersuchungen in der Fläche unterstützt und Kommunen besser beraten.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 06
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	891 06 neu
ggf. Seite	S. 101
Zweckbestimmung	Zuschüsse an den Landesbetrieb Mobilität für Investitionen zur Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen

Regierungsvorlage Änderu Ansatz + mehr / =		rung • weniger	Ans ne			
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
in Euro						
0	0	+10.000.000	+10.000.000	10.000.000	10.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Begründung:

Damit der Investitionsstau der Landesstraßen im Bereich der Sanierung und Instandhaltung abgearbeitet werden kann, braucht es mehrjährige Planungssicherheit für Unternehmen. Über realistische Ansätze und mittelfristige Verpflichtungsermächtigungen kann sich das Land Rheinland-Pfalz so zu einer Investitionsoffensive bekennen. Bei den entsprechenden Sanierungen oder dem Neubau von Landesstraßen soll insbesondere auch geprüft werden, ob zusätzlich Radwege errichtet bzw. ausgebaut werden können

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 06
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	891 06 neu
ggf. Seite	S. 101
Zweckbestimmung	Zuschüsse an den Landesbetrieb Mobilität für Investitionen zur Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen

Verpflichtungsermächtigung

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
in Euro						
0	0	+ 0	+ 10.000.000	0	10.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

	2023	2024
	EUR	EUR
Betrag: davon fällig:	0	10.000.000
2024 bis zu 2025 bis zu		10.000.000

Der Wirtschaftsplan 2025 sowie der Bauplan sind entsprechend zu erweitern.

Begründung:

Bei steigenden Baukosten muss zwingend eine Dynamisierung der Aufwendungen für die Landesstraßen vorgenommen werden, da sonst die real bereitgestellten Mittel sinken.

Bauwirtschaft und freie Ingenieurbüros sind für diese höhere Inanspruchnahme vorbereitet. Damit der Investitionsstau der Landesstraßen im Bereich der Sanierung und Instandhaltung abgearbeitet werden kann, braucht es mehrjährige Planungssicherheit für Unternehmen. Hierzu sind Verpflichtungsermächtigungen eine zielgerichtete Maßnahme. Das Land Rheinland-Pfalz kann sich so zu einer Investitionsoffensive bekennen. Bei den entsprechenden Sanierungen oder dem Neubau von Landesstraßen soll insbesondere auch geprüft werden, ob zusätzliche Radwege errichtet bzw. ausgebaut werden können.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 06
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	891 07 neu
ggf. Seite	S. 101
Zweckbestimmung	Zuschüsse an den Landesbetrieb Mobilität für die externe Vergabe von Ingenieurleistungen

	gsvorlage satz	Ände + mehr /	erung - weniger	Ans ne	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
0	0	+600.000	+600.000	600.000	600.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Begründung:

Damit der Investitionsstau der Landesstraßen im Bereich der Sanierung und Instandhaltung abgearbeitet werden kann, braucht es mehrjährige Planungssicherheit für Unternehmen. Über realistische Ansätze und mittelfristige Verpflichtungsermächtigungen kann sich das Land Rheinland-Pfalz so zu einer Investitionsoffensive bekennen. Bei den entsprechenden Sanierungen oder dem Neubau von Landesstraßen soll insbesondere auch geprüft werden, ob zusätzlich Radwege errichtet bzw. ausgebaut werden können

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,	
	Landwirtschaft und Weinbau	
Kapitel	08 06	
Hauptgruppe	HGr. 8	
Titel	891 07 neu	
ggf. Seite	S. 101	
Zweckbestimmung	Zuschüsse an den Landesbetrieb Mobilität für die externe Vergabe von Ingenieurleistungen	

Verpflichtungsermächtigung

_	gsvorlage satz	Ände + mehr /	erung - weniger	Ans ne	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
0	0		+ 600.000	0	600.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

	2023	2024
	EUR	EUR
Betrag:	0	600.000
davon fällig:		
2024 bis zu		
2025 bis zu		600.000

Der Wirtschaftsplan für 2025 sowie der Bauplan werden entsprechend erweitert.

Begründung:

Bei steigenden Baukosten muss zwingend eine Dynamisierung der Aufwendungen vorgenommen werden, da sonst die real bereitgestellten Planungsleistungen sinken. Freie

Ingenieurbüros sind für diese höhere Inanspruchnahme vorbereitet. Dazu soll mit diesen Mitteln auch in gewissem Umfang Vorratsplanung ermöglicht werden, um bei künftigen Bundesförderungen antragsbereit zu sein.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 10
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	683 01
ggf. Seite	S. 134
Zweckbestimmung	Innovationsförderung in privaten Unternehmen

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / - weniger		Ans ne	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
·	<u>.</u>	in Eu	ro	<u>.</u>	
1.750.000	1.500.000	-500.000	-250.000	1.250.000	1.250.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 10
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	683 02 neu
ggf. Seite	
Zweckbestimmung	Administrative Begleitung für junge Unternehmen

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / - weniger		atz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
		in Eu	iro		
0	0	+1.000.000	+1.000.000	1.000.000	1.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Veranschlagt sind Mittel zur administrativen Unterstützung junger Unternehmen zu Beginn ihrer Tätigkeiten, insbesondere im Bereich der Rechts- und Steuerberatung.

Begründung:

Startups haben gerade im Rahmen ihrer Gründung viele rechtliche und steuerrechtliche Fragen. Damit die innovativen Unternehmen an dieser Hürde nicht scheitern, sollen sie durch eine gezielte Rechts- und Steuerberatung unterstützt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 10
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	686 03
ggf. Seite	S. 136
Zweckbestimmung	Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung des
	Technologietransfers in Rheinland-Pfalz

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ans ne	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
·	<u>.</u>	in Eu	ro	<u>.</u>	
3.000.000	3.000.000	-2.000.000	-2.000.000	1.000.000	1.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
_	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 10
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	686 03
ggf. Seite	S. 136
Zweckbestimmung	Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung des Technologietransfers in Rheinland-Pfalz

Verpflichtungsermächtigung

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ans ne	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
·		in Eu	ro		
2.400.000	2.400.000	-1.000.000	-1.000.000	1.400.000	1.400.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

	2023	2024
	<u>EUR</u>	EUR
Betrag:	1.400.000	1.400.000
davon fällig:		
2024 bis zu	550.000	
2025 bis zu	350.000	550.000
2026 bis zu	250.000	350.000
2027 bis zu	250.000	250.000
2028 ff. bis zu		250.000

Begründung:

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 10
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	892 01
ggf. Seite	S. 138
Zweckbestimmung	Innovationsförderung an private Unternehmen unter Berücksichtigung des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / - weniger		Ans ne	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
	<u>.</u>	in Eu	ro	<u>.</u>	
3.350.000	2.350.000	-2.000.000	-1.000.000	1.350.000	1.350.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 10
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	892 01
ggf. Seite	S. 138
Zweckbestimmung	Innovationsförderung an private Unternehmen unter Berücksichtigung des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

Verpflichtungsermächtigung

Regierung Ans	_	Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
	in Euro				
6.250.000	6.250.000	- 4.000.000	- 4.000.000	2.250.000	2.250.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

	2023	2024
	EUR	EUR
Betrag:	2.250.000	2.250.000
davon fällig:		
2024 bis zu		
2025 bis zu	1.250.000	
2026 bis zu	500.000	1.250.000
2027 bis zu	250.000	500.000
2028 ff. bis zu	250.000	500.000

Begründung:

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 10
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	892 03
ggf. Seite	S. 139
Zweckbestimmung	Zuwendungen an einen Wachstumsfonds für Beteiligungen an Unternehmen in der Wachstumsphase

Regierung Ans		ge Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
3.000.000	3.000.000	+1.000.000	+1.000.000	4.000.000	4.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Innovationsstiftung wurde Ende 2015 aufgelöst. Damit steht dieses potentiell wirksame Instrument zur Innovationsförderung nicht mehr zur Verfügung. Der Wachstumsfonds könnte mindestens Teilaufgaben erfüllen, sollte aber stärker aufgestellt werden, um sich an perspektivreichen jungen Unternehmen etc. zu beteiligen bzw. Wagniskapital zur Verfügung zu stellen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 11
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	883 03
ggf. Seite	S. 151
Zweckbestimmung	Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum Bau und Ausbau von Verkehrswegen und Verkehrseinrichtungen

	gsvorlage satz	Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023 2024		2023	2024
in Euro					
47.390.000	47.390.000	+8.530.200	+10.065.000	55.920.200	57.455.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Es wird hinzugefügt:

3. Baumittel des Landes 8.530.200 Euro 10.065.000 Euro

Begründung:

Bei steigenden Baukosten muss zwingend eine Dynamisierung der Aufwendungen vorgenommen werden, da sonst die real bereitgestellten Mittel sinken. Bauwirtschaft und freie Ingenieurbüros sind für diese höhere Inanspruchnahme vorbereitet. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen in Rheinland-Pfalz ist stark angespannt und die Unterstützung des kommunalen Straßenbaus ist vom Land in der Vergangenheit vernachlässigt worden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 11
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	883 03
ggf. Seite	S. 151
Zweckbestimmung	Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum Bau und Ausbau von Verkehrswegen und Verkehrseinrichtungen

Verpflichtungsermächtigung

Regierung Ans	_	Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
58.500.000	58.500.000	+ 9.500.000	+ 9.500.000	68.000.000	68.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

	2023	2024
	EUR	EUR
Betrag:	68.000.000	68.000.000
davon fällig:		
2024 bis zu	24.500.000	
2025 bis zu	15.000.000	24.500.000
2026 bis zu	12.000.000	15.000.000
2027 bis zu	16.500.000	12.000.000
2028 ff. bis zu		16.500.000

Begründung:

Bei steigenden Baukosten muss zwingend eine Dynamisierung der Aufwendungen vorgenommen werden, da sonst die real bereitgestellten Mittel sinken. Bauwirtschaft und freie Ingenieurbüros sind für diese höhere Inanspruchnahme vorbereitet. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen in Rheinland-Pfalz ist stark angespannt und die Unterstützung des kommunalen Straßenbaus ist vom Land in der Vergangenheit vernachlässigt worden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 11
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	883 07
ggf. Seite	S. 153
Zweckbestimmung	Sonderprogramm zum Erhalt kommunaler
	Straßenbrücken und Stützwände

Regierungs Ansa	_	Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
7.400.000	7.400.000	+1.332.000	+1.571.760	8.732.000	8.971.760

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Es wird hinzugefügt:

3. Baumittel des Landes 1.332.000 Euro 1.571.760 Euro

Begründung:

Bei steigenden Baukosten muss zwingend eine Dynamisierung der Aufwendungen vorgenommen werden, da sonst die real bereitgestellten Mittel sinken. Bauwirtschaft und freie Ingenieurbüros sind für diese höhere Inanspruchnahme vorbereitet. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen in Rheinland-Pfalz ist stark angespannt und die Unterstützung des kommunalen Straßenbaus ist vom Land in der Vergangenheit vernachlässigt worden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 11
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	883 07
ggf. Seite	S. 153
Zweckbestimmung	Sonderprogramm zum Erhalt kommunaler
	Straßenbrücken und Stützwände

Verpflichtungsermächtigung

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		satz eu		
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
	in Euro						
9.600.000	9.600.000	+ 1.500.000	+ 1.500.000	11.100.000	11.100.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

	2023	2024
	EUR	EUR
Betrag:	11.100.000	11.100.000
davon fällig:		
2024 bis zu	3.900.000	
2025 bis zu	3.200.000	3.900.000
2026 bis zu	1.800.000	3.200.000
2027 bis zu	2.200.000	1.800.000
2028 ff. bis zu		2.200.000

Begründung:

Bei steigenden Baukosten muss zwingend eine Dynamisierung der Aufwendungen vorgenommen werden, da sonst die real bereitgestellten Mittel sinken. Bauwirtschaft und freie Ingenieurbüros sind für diese höhere Inanspruchnahme vorbereitet. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen in Rheinland-Pfalz ist stark angespannt und die Unterstützung des kommunalen Straßenbaus ist vom Land in der Vergangenheit vernachlässigt worden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 22
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	671 07
ggf. Seite	S. 185
Zweckbestimmung	Kostenerstattung an die DEULA-Rheinland-Pfalz GmbH zur Durchführung landtechnischen Berufsschulunterrichts

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
	in Euro						
250.000	250.000	+100.000	+100.000	350.000	350.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Der ausgelagerte, verpflichtende Berufsschulunterricht, den Berufsschüler im Unterrichtsfach "Landtechnik" an den landwirtschaftlichen Schulen leisten, ist nicht kostendeckend. Darüber hinaus finanziert die DEULA die Kosten der Digitalisierung bisher selbst. Die Ausbildung muss jedoch zwingend auf ein zeitgemäßes, digitales Niveau gehoben werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 22
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	683 18
ggf. Seite	S. 186
Zweckbestimmung	Förderung des Steillagenweinbaus

	Regierungsvorlage Änderung Ansatz + mehr / = wenig		rung - weniger	Ans ne		
2023	2024	2023	2024	2023 2024		
in Euro						
2.000.000	2.000.000	+1.000.000	+1.000.000	3.000.000	3.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Steillagen sind charakteristisch für das Weinland Rheinland-Pfalz. Der Erhalt dieser besonderen Bewirtschaftungsform ist daher unabdingbar. Die Förderung des Landes stagniert seit geraumer Zeit und muss dringend an die stetig steigenden Kosten angepasst werden. Dazu gehört es, die Gegebenheiten der Förderungen kritisch zu hinterfragen und effizienter zu gestalten. Die bisherige Förderung der Steillagen soll von 765 Euro/ha auf 1.000 Euro/ha und die Förderung der Steilstlage von 2.555 Euro/ha auf 3.000 Euro/ha erhöht werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 23
Hauptgruppe	TGr. 71
Titel	711 71
ggf. Seite	S. 233
Zweckbestimmung	Bau von Hochwasserschutzmaßnahmen

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023 2024		
in Euro						
7.000.000	7.000.000			7.000.000	7.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Die Ausgaben 14 12 853 01 sowie 14 13 883 01 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 08 23 711 71.

Begründung:

Die Zunahme von Trockenperioden sowie Starkregenereignissen in den vergangenen Jahren sind alarmierend. Insbesondere das fehlende Eindringen von Oberflächenwasser in das Erdreich und somit der Anteil bei der Neubildung von Grundwasser bedarf bereits heute entschlossenes politisches Handeln, um zukünftigen Herausforderungen und Konflikten zu begegnen.

Insbesondere das bei Starkregen auftretende zu viel an Wasser muss genutzt werden. Unter anderem um den Wasserbedarf in den Dürremonaten im Sommer ausgleichen zu können. Es müssen Möglichkeiten zur Wasserrückhaltung geschaffen werden. Oberflächenwasser, das derzeit zu schnell abfließt, muss in das Grundwasser infiltriert werden. Auch den

Umgang mit dem Grauwasser (Brauchwasser) muss die Landesregierung grundsätzlich überdenken und neue Wege gehen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist ein umfassendes und ganzheitliches Handeln notwendig, um bereits heute für eine zukunftssichere Wasserversorgung im Morgen zu sorgen. Dies kann mit verschiedenen Maßnahmen passieren. Unter anderem erfordert dies ein dezidiertes Agieren der Landesregierung beim Bau von Hochwasserschutzmaßnahmen. Hier müssen entsprechende Zuweisungen zur Förderung landwirtschaftlicher Infrastrukturmaßnahmen berücksichtigt werden. Zur Verfügung stehende Haushaltsmittel aus dem Einzelplan 14 12 und 14 13 sind einseitig zu nutzen, um Maßnahmen im Bereich des Einzelplans 08 23 711 71 zu finanzieren.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 23
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	883 56
ggf. Seite	S. 223
Zweckbestimmung	Zuweisungen zur Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen – KFA-Mittel

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023 2024		
in Euro						
4.462.000	4.462.000			4.462.000	4.462.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Die Ausgaben 14 12 853 01 sowie 14 13 883 01 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 08 23 883 56.

Begründung:

Die Zunahme von Trockenperioden sowie Starkregenereignissen in den vergangenen Jahren sind alarmierend. Insbesondere das fehlende Eindringen von Oberflächenwasser in das Erdreich und somit der Anteil bei der Neubildung von Grundwasser bedarf bereits heute entschlossenes politisches Handeln, um zukünftigen Herausforderungen und Konflikten zu begegnen.

Insbesondere das bei Starkregen auftretende zu viel an Wasser muss genutzt werden. Unter anderem um den Wasserbedarf in den Dürremonaten im Sommer ausgleichen zu können. Es müssen Möglichkeiten zur Wasserrückhaltung geschaffen werden. Oberflächenwasser, das derzeit zu schnell abfließt, muss in das Grundwasser infiltriert werden. Auch den

Umgang mit dem Grauwasser (Brauchwasser) muss die Landesregierung grundsätzlich überdenken und neue Wege gehen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist ein umfassendes und ganzheitliches Handeln notwendig, um bereits heute für eine zukunftssichere Wasserversorgung im Morgen zu sorgen. Dies kann mit verschiedenen Maßnahmen passieren, unter anderem mit der Errichtung von Stauseen und Trinkwassertalsperren, sowie es in anderen Bundesländern passiert. Zur Verfügung stehende Haushaltsmittel aus dem Einzelplan 14 12 und 14 13 sind einseitig zu nutzen, um Maßnahmen im Bereich des Einzelplans 08 23 883 56 zu finanzieren.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 23
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	883 58
ggf. Seite	S. 224
Zweckbestimmung	Zuschüsse zur Förderung landwirtschaftlicher Infrastrukturmaßnahmen

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023 2024		
in Euro						
2.800.000	2.800.000			2.800.000	2.800.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Die Ausgaben 14 12 853 01 sowie 14 13 883 01 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 08 23 883 58.

Begründung:

Die Zunahme von Trockenperioden sowie Starkregenereignissen in den vergangenen Jahren sind alarmierend. Insbesondere das fehlende Eindringen von Oberflächenwasser in das Erdreich und somit der Anteil bei der Neubildung von Grundwasser bedarf bereits heute entschlossenes politisches Handeln, um zukünftigen Herausforderungen und Konflikten zu begegnen.

Insbesondere das bei Starkregen auftretende zu viel an Wasser muss genutzt werden. Unter anderem um den Wasserbedarf in den Dürremonaten im Sommer ausgleichen zu können. Es müssen Möglichkeiten zur Wasserrückhaltung geschaffen werden. Oberflächenwasser, das derzeit zu schnell abfließt, muss in das Grundwasser infiltriert werden. Auch den

Umgang mit dem Grauwasser (Brauchwasser) muss die Landesregierung grundsätzlich überdenken und neue Wege gehen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist ein umfassendes und ganzheitliches Handeln notwendig, um bereits heute für eine zukunftssichere Wasserversorgung im Morgen zu sorgen. Dies kann mit verschiedenen Maßnahmen passieren, unter anderem ist hier der Schulterschluss mit den heimischen Landwirten zu suchen. Hier müssen entsprechende Zuweisungen zur Förderung landwirtschaftlicher Infrastrukturmaßnahmen berücksichtigt werden. Zur Verfügung stehende Haushaltsmittel aus dem Einzelplan 14 12 und 14 13 sind einseitig zu nutzen, um Maßnahmen im Bereich des Einzelplans 08 23 883 58 zu finanzieren.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 23
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	892 11
ggf. Seite	S. 225
Zweckbestimmung	Zuschüsse zur Förderung der Flurbereinigung

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu	
2023	2024	2023	2024	2023 2024		
in Euro						
11.500.000	11.500.000			11.500.000	11.500.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Die Ausgaben 14 12 853 01 sowie 14 13 883 01 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 08 23 892 11.

Begründung:

Die Zunahme von Trockenperioden sowie Starkregenereignissen in den vergangenen Jahren sind alarmierend. Insbesondere das fehlende Eindringen von Oberflächenwasser in das Erdreich und somit der Anteil bei der Neubildung von Grundwasser bedarf bereits heute entschlossenes politisches Handeln, um zukünftigen Herausforderungen und Konflikten zu begegnen.

Insbesondere das bei Starkregen auftretende zu viel an Wasser muss genutzt werden. Unter anderem um den Wasserbedarf in den Dürremonaten im Sommer ausgleichen zu können. Es müssen Möglichkeiten zur Wasserrückhaltung geschaffen werden. Oberflächenwasser, das derzeit zu schnell abfließt, muss in das Grundwasser infiltriert werden. Auch den

Umgang mit dem Grauwasser (Brauchwasser) muss die Landesregierung grundsätzlich überdenken und neue Wege gehen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist ein umfassendes und ganzheitliches Handeln notwendig, um bereits heute für eine zukunftssichere Wasserversorgung im Morgen zu sorgen. Dies kann mit verschiedenen Maßnahmen passieren, unter anderem erkennen wir Potenziale im Bereich der Flurbereinigung. Zur Verfügung stehende Haushaltsmittel aus dem Einzelplan 14 12 und 14 13 sind einseitig zu nutzen, um Maßnahmen im Bereich des Einzelplans 08 23 892 11 zu finanzieren.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau				
08 52				
HGr. 4				
422 01				
S. 261				
Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)				

Regierung Ans	_	Ände + mehr /	rung - weniger	neu	
2023	2024	2023 2024		2023	2024
		in Eu	iro		
3.210.300	3.210.300	+120.000	+120.000	3.330.300	3.330.300

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Es wird folgender Satz angefügt:

Zusätzliche Stellen werden bedarfsgerecht geschaffen und im Stellenplan abgebildet.

Begründung:

Im Agrarland Rheinland-Pfalz kommt der standortnahen Ausbildung und Beratung durch die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum eine große Bedeutung zu. Sie vereinen den Trilog Beratung - Forschung - Lehre und schaffen somit die Grundvoraussetzung für eine enge Verzahnung von der Forschung bis hin zur Ernte und sichern damit den Fortbestand moderner, effizienter und innovativer Betriebe. Die Dienstleistungszentren bilden in der vollen Bandbreite der Grünen Berufe aus, sie bieten eine fachliche Beratung, die unabhängig von wirtschaftlichen Interessen geleitet ist. Gerade im Zuge der zunehmenden Technologisierung und Digitalisierung müssen diese Synergien genutzt werden. In den letzten Jahren und auch in dem aktuellen Haushaltsentwurf wurden immer weitere Stellen bei den Dienstleistungszentren, also für Beratung und Lehre, eingespart. Dagegen wurden

bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, die für die Kontrolle der Betriebe zuständig sind, weitere Stellen aufgestockt. Diesen Trend gilt es zu stoppen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 53
Hauptgruppe	HGr. 4
Titel	422 01
ggf. Seite	S. 279
Zweckbestimmung	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und
	Beamten (Richterinnen und Richter)

	gsvorlage satz	Ände + mehr /	erung - weniger	neu	
2023	2024	2023 2024		2023	2024
		in Eu	iro		
5.174.800	5.174.800	+120.000	+120.000	5.294.800	5.294.800

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Es wird folgender Satz angefügt:

Zusätzliche Stellen werden bedarfsgerecht geschaffen und im Stellenplan abgebildet

Begründung:

Im Agrarland Rheinland-Pfalz kommt der standortnahen Ausbildung und Beratung durch die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum eine große Bedeutung zu. Sie vereinen den Trilog Beratung - Forschung - Lehre und schaffen somit die Grundvoraussetzung für eine enge Verzahnung von der Forschung bis hin zur Ernte und sichern damit den Fortbestand moderner, effizienter und innovativer Betriebe. Die Dienstleistungszentren bilden in der vollen Bandbreite der Grünen Berufe aus, sie bieten eine fachliche Beratung, die unabhängig von wirtschaftlichen Interessen geleitet ist. Gerade im Zuge der zunehmenden Technologisierung und Digitalisierung müssen diese Synergien genutzt werden. In den letzten Jahren und auch in dem aktuellen Haushaltsentwurf wurden immer weitere Stellen bei den Dienstleistungszentren, also für Beratung und Lehre, eingespart. Dagegen wurden

bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, die für die Kontrolle der Betriebe zuständig sind, weitere Stellen aufgestockt. Diesen Trend gilt es zu stoppen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 54
Hauptgruppe	HGr. 4
Titel	422 01
ggf. Seite	S. 301
Zweckbestimmung	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und
	Beamten (Richterinnen und Richter)

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / - weniger		atz eu		
2023	2024	2023 2024 2023		2023	2024		
in Euro							
4.387.400	4.387.800	+120.000	+120.000	4.507.400	4.507.800		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Es wird folgender Satz angefügt:

Zusätzliche Stellen werden bedarfsgerecht geschaffen und im Stellenplan abgebildet.

Begründung:

Im Agrarland Rheinland-Pfalz kommt der standortnahen Ausbildung und Beratung durch die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum eine große Bedeutung zu. Sie vereinen den Trilog Beratung - Forschung - Lehre und schaffen somit die Grundvoraussetzung für eine enge Verzahnung von der Forschung bis hin zur Ernte und sichern damit den Fortbestand moderner, effizienter und innovativer Betriebe. Die Dienstleistungszentren bilden in der vollen Bandbreite der Grünen Berufe aus, sie bieten eine fachliche Beratung, die unabhängig von wirtschaftlichen Interessen geleitet ist. Gerade im Zuge der zunehmenden Technologisierung und Digitalisierung müssen diese Synergien genutzt werden. In den letzten Jahren und auch in dem aktuellen Haushaltsentwurf wurden immer weitere Stellen bei den Dienstleistungszentren, also für Beratung und Lehre, eingespart. Dagegen wurden

bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, die für die Kontrolle der Betriebe zuständig sind, weitere Stellen aufgestockt. Diesen Trend gilt es zu stoppen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	08 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
	Landwirtschaft und Weinbau
Kapitel	08 55
Hauptgruppe	HGr. 4
Titel	422 01
ggf. Seite	S. 320
Zweckbestimmung	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und
	Beamten (Richterinnen und Richter)

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz u		
2023	2024	2023 2024 2023		2023	2024		
in Euro							
6.141.500	6.141.500	+120.000	+120.000	6.261.500	6.261.500		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Es wird folgender Satz angefügt:

Zusätzliche Stellen werden bedarfsgerecht geschaffen und im Stellenplan abgebildet.

Begründung:

Im Agrarland Rheinland-Pfalz kommt der standortnahen Ausbildung und Beratung durch die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum eine große Bedeutung zu. Sie vereinen den Trilog Beratung - Forschung - Lehre und schaffen somit die Grundvoraussetzung für eine enge Verzahnung von der Forschung bis hin zur Ernte und sichern damit den Fortbestand moderner, effizienter und innovativer Betriebe. Die Dienstleistungszentren bilden in der vollen Bandbreite der Grünen Berufe aus, sie bieten eine fachliche Beratung, die unabhängig von wirtschaftlichen Interessen geleitet ist. Gerade im Zuge der zunehmenden Technologisierung und Digitalisierung müssen diese Synergien genutzt werden. In den letzten Jahren und auch in dem aktuellen Haushaltsentwurf wurden immer weitere Stellen bei den Dienstleistungszentren, also für Beratung und Lehre, eingespart. Dagegen wurden

bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, die für die Kontrolle der Betriebe zuständig sind, weitere Stellen aufgestockt. Diesen Trend gilt es zu stoppen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	09 Ministerium für Bildung		
Kapitel	09 01		
Hauptgruppe	HGr. 5		
Titel	527 99 neu		
ggf. Seite			
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe Dienstreisen		

	Regierungsvorlage Ansatz		e Änderung + mehr / = weniger		atz eu	
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
0	0	-2.550.000	-2.563.000	-2.550.000	-2.563.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Durch den Titel werden die im Einzelplan verteilten Ansätze für Reisekosten um 50 % reduziert.

Begründung:

Die Veränderungen in der Arbeitswelt wurden durch die Folgen der Pandemie zusätzlich und in erheblichem Umfang beschleunigt. Allerorten haben sich die Stärken von digitalen und hybriden Sitzungs- und Veranstaltungsformen etabliert und sind für den Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Auch die Landesregierung soll aus ökologischen und ökonomischen Gründen geeignete Termine dauerhaft auf Videokonferenzen umstellen. Der Ansatz für Dienstreisen wird deshalb um 50 % reduziert.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	09 Ministerium für Bildung		
Kapitel	09 03		
Hauptgruppe	HGr. 6		
Titel	633 26 neu		
ggf. Seite	S. 42		
Zweckbestimmung	Programm Startergruppen zur Heranführung an die Schule		

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
0	0	+2.500.000	+5.000.000	2.500.000	5.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Zuschüsse des Landes für zusätzliche Personalkosten von 80 Prozent, die verbindlich an die Einrichtung von Startergruppen im Vorschulbereich an den Kindertagesstätten gekoppelt sind, zur Vorbereitung auf den Übergang an die Grundschulen.

Begründung:

Nach den Sommerferien 2023 soll das landesweite Programm "Startergruppen" zur Heranführung an die Schule in den Kindertagesstätten beginnen. Mittelfristig ist das Ziel, dass fünf Stunden pro Woche für je zehn Vorschulkinder im Vorschuljahr zur Vorbereitung auf die Schule in verpflichtenden Vorschul-Gruppen an den Kindertagesstätten angeboten werden. Das Land hat sich hieran mit 80 Prozent der zusätzlichen Personalkosten zu beteiligen. Gleichzeitig kann der Personalaufbau nur schrittweise gelingen, da es die Landesregierung durch fehlende Anreize und geringe Ausbildungszahlen über Jahre versäumt hat, eine gute Grundlage für ausreichendes Personal zu schaffen. Dies bildet sich in den Ansätzen ab.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	09 Ministerium für Bildung		
Kapitel	09 03		
Hauptgruppe	HGr. 6		
Titel	633 26 neu		
ggf. Seite	S. 42		
Zweckbestimmung	Programm Startergruppen zur Heranführung an die Schule		

Verpflichtungsermächtigung

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
0	0	+ 7.500.000	+ 15.000.000	7.500.000	15.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

	2023	2024
	EUR	EUR
Betrag:	7.500.000	15.000.000
davon fällig:		
2024 bis zu		
2025 bis zu	7.500.000	
2026 bis zu		15.000.000
2027 bis zu		
2028 ff. bis zu		

Begründung:

Nach den Sommerferien 2023 soll das landesweite Programm "Startergruppen" zur Heranführung an die Schule in den Kindertagesstätten beginnen. Mittelfristig ist das Ziel,

dass fünf Stunden pro Woche für je zehn Vorschulkinder im Vorschuljahr zur Vorbereitung auf die Schule in verpflichtenden Vorschul-Gruppen an den Kindertagesstätten angeboten werden. Das Land hat sich hieran mit 80 Prozent der zusätzlichen Personalkosten zu beteiligen. Gleichzeitig kann der Personalaufbau nur schrittweise gelingen, da es die Landesregierung durch fehlende Anreize und geringe Ausbildungszahlen über Jahre versäumt hat, eine gute Grundlage für ausreichendes Lehrpersonal zu schaffen. Dies bildet sich in den Ansätzen ab.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	09 Ministerium für Bildung		
Kapitel	09 03		
Hauptgruppe	HGr. 6		
Titel	633 27 neu		
ggf. Seite	S. 42		
Zweckbestimmung	Übernahme der Kosten für Sprach-Kitas		
	·		

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024
in Euro					
0	0	+5.000.000	+10.000.000	5.000.000	10.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Das Land Rheinland-Pfalz übernimmt die auf Rheinland-Pfalz bislang entfallenen Bundeszuschüsse für das Programm Sprach-Kitas.

Begründung:

Gerade in der jetzigen Zeit ist das Programm von enormer Bedeutung, weil viele Kinder nach der langen Zeit der Corona-Pandemie eine besondere Förderung brauchen und es gerade für zahlreiche geflüchtete ukrainische Kinder von großer Wichtigkeit ist. Die frühkindliche Bildung wird immer wichtiger und die Sprache spielt dabei eine zentrale Rolle. Mit dem Wegfall des Förderprogramms im kommenden Jahr wird die Finanzierung von zusätzlichem Fachpersonal durch den Bund nicht mehr möglich sein. Daher soll das Land diese bisherigen Bundesgelder übernehmen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	09 Ministerium für Bildung
Kapitel	09 03
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	684 17
ggf. Seite	S. 47
Zweckbestimmung	Förderung der Schulsozialarbeit

Regierung Ans		Ände + mehr /	derung Ansatz / = weniger			
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
	in Euro					
7.500.000	8.000.000	+2.500.000	+5.000.000	10.000.000	13.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Die Erläuterung ist zu streichen.

Begründung:

Die Schulsozialarbeit soll fortan an allen Schularten angeboten und gefördert werden. Dies betrifft insbesondere die Gymnasien, die bislang nicht mit Schulsozialarbeit versorgt werden. Mit dem zusätzlichen Betrag von 2,5 Millionen Euro sollen ab dem Schuljahresbeginn 2023/24 in 2023 und mit 5 Millionen für das Gesamtjahr 2024 rund 100 weitere Stellen der Schulsozialarbeit vollständig durch das Land finanziert werden. Im Sinne eines schrittweisen Personalaufbaus ist der Titel künftig anwachsend auszustatten.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	09 Ministerium für Bildung
Kapitel	09 19
Hauptgruppe	HGr. 4
Titel	422 01 neu
ggf. Seite	S. 86
Zweckbestimmung	Unterrichtsversorgung 105 Prozent

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung Ansatz + mehr / = weniger				
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
0	0	+7.500.000	+22.500.000	7.500.000	22.500.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Ziel ist es, eine Unterrichtsversorgung von deutlich über 100 Prozent zu erreichen. Insgesamt werden ab dem 1. August 2023 500 neue Planstellen mehr geschaffen, ab dem 1. August 2024 weitere 500 neue Planstellen. Die Mittel stehen für folgende Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung, die bei Bedarf in die jeweiligen Stellenpläne umgesetzt werden können:

Amtsbezeichnung:

Studienrätin, Studienrat mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien oder an Berufsbildenden Schulen

Bes.-Gr. A13

Anzahl der Stellen: 150 ab 1. August 2023 und weitere 150 ab 1. August 2024

Amtsbezeichnung:

Lehrerin, Lehrer mit der Befähigung für das Lehramt an Förderschulen, Realschulen plus oder an berufsbildenden Schulen

Bes.-Gr. A13 Ea IV

Anzahl der Stellen: 100 ab 1. August 2023 und weitere 100 ab 1. August 2024

Amtsbezeichnung:

Lehrerin, Lehrer mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen plus

Bes.-Gr. A13 Ea III

Anzahl der Stellen: 100 ab 1. August 2023 und weitere 100 ab 1. August 2024

Amtsbezeichnung:

Lehrerin, Lehrer mit der Befähigung für das Lehramt an Grundschulen

Bes.-Gr. A12

Anzahl der Stellen: 140 ab 1. August 2023 und weitere 150 ab 1. August 2024

Begründung:

Eine sinnvolle Schwerpunktsetzung im Bildungsbereich gibt einer Unterrichtsversorgung von 105 Prozent den Vorrang. Die Umsetzung dieses Ziels verfolgen wir schrittweise bis 2026. Mit den veranschlagten Stellen werden erste Schritte hin zu einer vollständigen Unterrichtsversorgung getan. Die Schulen können mit den zusätzlichen Stellen die noch immer tagtäglich anzutreffende große Lücke in der Unterrichtsversorgung schließen. Gleichzeitig kann der Personalaufbau nur schrittweise gelingen, da es die Landesregierung durch fehlende Anreize und geringe Ausbildungszahlen über Jahre versäumt hat, eine gute Grundlage für ausreichendes Lehrpersonal zu schaffen. Dies bildet sich in den Ansätzen ab.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	09 Ministerium für Bildung		
Kapitel	09 19		
Hauptgruppe	HGr. 4		
Titel	429 01 neu		
ggf. Seite	S. 87		
Zweckbestimmung	Nicht aufteilbare Personalkosten		

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung Ans + mehr / = weniger						
2023	2024	2023 2024		2023	2024				
	in Euro								
0	0	+1.500.000	+1.500.000	1.500.000	1.500.000				

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Die Mittel werden zur Stärkung der Berufswahlkoordinatoren an Schulen eingesetzt. Je Koordinatoren-Stelle werden drei Stunden pro Woche angerechnet.

Begründung:

Berufswahlkoordinatoren leisten die konkrete Berufs- und Studienberatung für die Schülerinnen und Schüler. Die Arbeit der Berufswahlkoordinatoren ist maßgeblich für die Intensität und das Gelingen der Berufs- und Studienorientierung einer Schule. Die Anrechnungsstunden sollten deshalb an den tatsächlichen Arbeitsaufwand, der für eine ernsthafte Berufswahlkoordination zu betreiben ist, angepasst werden. Es soll eine Erhöhung von derzeit einer auf zukünftig drei Stunden pro Woche umgesetzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	12 Hochbaumaßnahmen und
	Wohnungsförderung
Kapitel	12 20
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	549 01
ggf. Seite	S. 26
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		neu		
2023	2024	2023 2024 2023		2024		
in Euro						
-4.000.000	-4.000.000	-3.000.000	-3.000.000	-7.000.000	-7.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Mittel aus 12 20 549 01 sind einseitig deckungsfähig zugunsten von 12 20 684 72 neu sowie 12 20 693 72 neu.

Begründung:

Öffentliche Gebäude sollten zur Erzeugung von erneuerbaren Energien mit einbezogen werden. Dadurch stehen mehr (Dach)Flächen zur Verfügung. Zudem ist es den Unternehmen und vom Landessolargesetz Verpflichteten im Land nicht vermittelbar, weshalb eine Pflicht zur Errichtung einer PV-Anlage nur für sie gelten soll, das Land sich und die öffentliche Hand in Gänze jedoch privilegiert. Dies widerspricht der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, die sich am Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligen muss. Eine Einbeziehung der öffentlichen Gebäude würde sowohl das Ausbaupotenzial als auch die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen. Durch die Etablierung des Landesprogrammes "PV-Anlagen auf jedes Landesdach" sparen die landeseigenen Liegenschaften enorme

Energiekosten ein, sodass die Mittel für den Ausbau von erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	12 Hochbaumaßnahmen und				
	Wohnungsförderung				
Kapitel	12 20				
Hauptgruppe	HGr. 6				
Titel	685 72 neu				
ggf. Seite	S. 33				
Zweckbestimmung	Zuschüsse an den LBB für Verwaltungsausgaben beim Ausbau der erneuerbaren Energien auf Landesimmobilien				

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
	in Euro						
0	0	+0	+0	0	0		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Die Mittel sind für Verwaltungsaufgaben bei der Verpachtung von Dächern der Landesliegenschaften zu verwenden. Dieser Ansatz wird gewählt, sofern eine eigene Bauleistung vom Land als nicht wirtschaftlich angesehen wird. Der Wirtschaftsplan des LBB wird entsprechend angepasst.

Die Ausgaben bei 12 20 684 72 und 12 20 693 72 sind gegenseitig deckungsfähig.

Begründung:

Öffentliche Gebäude sollten zur Erzeugung von erneuerbaren Energien mit einbezogen werden. Dadurch stehen mehr (Dach)Flächen zur Verfügung. Zudem ist es den Unternehmen und vom Landessolargesetz Verpflichteten im Land nicht vermittelbar, weshalb eine Pflicht zur Errichtung einer PV-Anlage nur für sie gelten soll, das Land sich und die öffentliche Hand in Gänze jedoch privilegiert. Dies widerspricht der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, die sich am Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligen muss. Eine

Einbeziehung der öffentlichen Gebäude würde sowohl das Ausbaupotenzial als auch die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen.

Sofern auf einem Dach keine eigene Anlage gebaut werden kann, soll die Fläche zur Verpachtung freigegeben werden. Die entsprechenden Verwaltungsausgaben, welche nicht genau beziffert werden können, sind an dieser Stelle abzurechnen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	12 Hochbaumaßnahmen und
	Wohnungsförderung
Kapitel	12 20
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	891 72 neu
ggf. Seite	S. 33
Zweckbestimmung	Zuschüsse an den LBB für den Ausbau der erneuerbaren Energien auf Landesimmobilien

Regierung Ans	_	Änderung Ansat + mehr / = weniger					
2023	2024	2023	2024	2023 2024			
	in Euro						
0	0	+3.000.000	+3.000.000	3.000.000	3.000.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Die Mittel stehen unter anderem für das Investitionsprogramm "Eine PV-Anlage auf jedes Dach des Landes" zur Verfügung. Sie sind für die Zinszahlungen zu verwenden. Als Zielwert werden 200 Millionen Euro Bauvolumen p.a. ausgewiesen. Dies entspricht circa 1,2 km2 PV-Anlagen mit rund 150 MWp. Der Wirtschaftsplan des LBB wird entsprechend angepasst. Die Ausgaben bei 12 20 684 72 neu und 12 20 693 72 neu sind gegenseitig deckungsfähig. Zudem sind Mittel aus 12 20 549 01 einseitig deckungsfähig zugunsten 12 20 684 72 neu sowie 12 20 693 72 neu.

Begründung:

Öffentliche Gebäude sollten zur Erzeugung von erneuerbaren Energien mit einbezogen werden. Dadurch stehen mehr (Dach-)Flächen zur Verfügung. Zudem ist es den Unternehmen und vom Landessolargesetz Verpflichteten im Land nicht vermittelbar, weshalb eine Pflicht zur Errichtung einer PV-Anlage nur für sie gelten soll, das Land sich und die

öffentliche Hand in Gänze jedoch privilegiert. Dies widerspricht der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, die sich am Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligen muss. Eine Einbeziehung der öffentlichen Gebäude würde sowohl das Ausbaupotenzial als auch die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen. Zudem ist bei dem Bau von Photovoltaikanlagen grundsätzlich davon auszugehen, dass die Errichtung wirtschaftlich ist. Durch das Landesprogramm werden Einsparungen bei den Stromkosten ermöglicht. Diese Mittel können für den Ausbau der PV-Anlagen verwendet werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 01
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	527 99 neu
ggf. Seite	
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe Dienstreisen

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		satz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
	in Euro				
0	0	-420.000	-422.000	-420.000	-422.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Durch den Titel werden die im Einzelplan verteilten Ansätze für Reisekosten um 50 % reduziert.

Begründung:

Die Veränderungen in der Arbeitswelt wurden durch die Folgen der Pandemie zusätzlich und in erheblichem Umfang beschleunigt. Allerorten haben sich die Stärken von digitalen und hybriden Sitzungs- und Veranstaltungsformen etabliert und sind für den Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Auch die Landesregierung soll aus ökologischen und ökonomischen Gründen geeignete Termine dauerhaft auf Videokonferenzen umstellen. Der Ansatz für Dienstreisen wird deshalb um 50 % reduziert.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 02 Allgemeine Bewilligungen

Änderung des Vorworts von Kapitel 14 02

Im Abschnitt "Nachhaltige Umweltpolitik" sollen die Wörter "eine gesellschaftliche Transformation" (letzten drei Wörter der dritten Zeile) durch die Wörter "schnell konkrete Maßnahmen" ersetzt werden.

Begründung:

Von einer gesellschaftlichen Transformation kann zum Beispiel beim Übergang zur Demokratie die Rede sein. In diesem Zusammenhang wirkt es jedoch belehrend. Wichtiger ist es, konkrete Handlungen für den Umwelt- und Klimaschutz in Rheinland-Pfalz zu ergreifen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 02
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	549 01
ggf. Seite	S. 57
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe

•	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / - weniger		satz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
	in Euro				
-6.000.000	-5.000.000	-4.000.000	-5.000.000	-10.000.000	-10.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Seit dem Ausbruch der COVID-19 Pandemie hat ein Wandel im Umgang mit Dienstreisen stattgefunden. Hybride und digitale Angebote gehören mittlerweile zur Normalität und sind eine Alternative zu Terminen in Präsenz. Folglich sind Mittel für Dienstreisen entsprechend einzusparen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	633 10 neu
ggf. Seite	S. 60
Zweckbestimmung	Zuschüsse für kommunale Waldbesitzer

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
	in Euro				
0	0	+900.000	+900.000	900.000	900.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Begründung:

Der Wald ist in vielen Teilen von Rheinland-Pfalz identitätsstiftend. Doch der Wald ist noch mehr. Er ist ein effektiver Kohlenstoffspeicher. Er erzeugt Millionen Tonnen Sauerstoff. Der Wald filtert Schadstoffe aus unserer Luft und darüber hinaus ist der Wald einer der wirksamsten Wasserspeicher. Diese Funktionen müssen gefördert werden. Das Land muss mit der Unterhaltung der Forstbehörden, den forstlichen Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen sowie mit den staatlichen Beratungs-, Fortbildungs- und Förderangeboten für private und kommunale Waldbesitzer gute Rahmenbedingungen schaffen. Daneben ist es essentiell, die Bemühungen der kommunalen Waldbesitzer zu honorieren, wenn diese klima- und umweltfreundliche Maßnahmen in ihren Wäldern umsetzen. Deshalb fordert die CDU-Fraktion eine Verbesserung der Zuschüsse für kommunale Waldbesitzer.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 02
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	683 02 neu
ggf. Seite	S. 65
Zweckbestimmung	Zuschüsse für Leistungen im Privatwald

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
	in Euro				
0	0	+100.000	+100.000	100.000	100.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert:

Begründung:

Der Wald ist in vielen Teilen von Rheinland-Pfalz identitätsstiftend. Doch der Wald ist noch mehr. Er ist ein effektiver Kohlenstoffspeicher. Er erzeugt Millionen Tonnen Sauerstoff. Der Wald filtert Schadstoffe aus unserer Luft und darüber hinaus ist der Wald einer der wirksamsten Wasserspeicher. Diese Funktionen müssen gefördert werden. Das Land muss mit der Unterhaltung der Forstbehörden, den forstlichen Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen sowie mit den staatlichen Beratungs-, Fortbildungs- und Förderangebote für private und kommunale Waldbesitzer gute Rahmenbedingungen schaffen. Daneben ist es essentiell, die Bemühungen der privaten Waldbesitzer zu honorieren, wenn diese klima- und umweltfreundliche Maßnahmen in ihren Wäldern umsetzen. Das Land hat hier eine Verantwortung. Die CDU-Fraktion kritisiert, dass die Landesregierung die privaten Waldbesitzer in Gänze vergisst. Deshalb fordert die Fraktion die Errichtung eines neuen Titels für Zuschüsse an private Waldbesitzer.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 02
Hauptgruppe	HGr. 7
Titel	711 04
ggf. Seite	S. 73
Zweckbestimmung	Maßnahmen zur Wiederherstellung der
	Durchgängigkeit an Gewässern

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023	2024	2023	2024
		in Eu	iro		
5.100.000	5.100.000	+0	+0	5.100.000	5.100.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Es wird folgender Satz angefügt:

Von den Maßnahmen sind auch Fischaufstiege sowie die Planung und Errichtung von Wehren zu finanzieren. Die Ausgaben 14 12 853 01 sowie 14 13 883 01 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 14 02 711 04

Begründung:

Gewässer sollten – wo immer dies sinnvoll ist – gesteuert werden. Dies beinhaltet unter anderem die Gewinnung von Strom durch Wasserkraft, die (gleichzeitige) Sicherstellung von Auwäldern sowie die Hochwasservorsorge. Die CDU-Fraktion bekennt sich zur Durchlässigkeit der Gewässer, zur Qualitätssicherung der Flüsse und zur EU-Wasserrichtlinie. Allerdings erachten wir die Art und Weise, wie diese in Rheinland-Pfalz ausgelegt wird, als grundlegend falsch. Aus diesem Grund müssen alle Förderrichtlinien des Landes entsprechend so angepasst werden, dass eine sinnvolle Steuerung der Gewässer förderfähig ist. Die Landesregierung vertritt die Ansicht, dass Baumaßnahmen nur dann eine

Förderung erhalten sollen, sofern sie kompatibel mit dem ursprünglichen Gewässerverlauf sind. Deshalb wurden über Jahre nur Maßnahmen gefördert werden, die zum Beispiel Wehre zurückbauen. Dies ist weder ökologisch noch ökonomisch generell sinnvoll. Deshalb sollten wir diesen Ansatz korrigieren und einen gezielten Aufbau von Wehren, Laufwasseranlagen und weiteren Steuerungselementen fördern.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 02
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	883 54 neu
ggf. Seite	S. 81
Zweckbestimmung	Zuschüsse zur Errichtung von Einrichtungen zur Wasserrückhaltung

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
in Euro						
0	0	+0	+0	0	0	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Die Ausgaben 14 12 853 01 sowie 14 13 883 01 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 14 02 883 54 neu.

Begründung:

Die Zunahme von Trockenperioden sowie Starkregenereignissen in den vergangenen Jahren sind alarmierend. Insbesondere das fehlende Eindringen von Oberflächenwasser in das Erdreich und somit der Anteil bei der Neubildung von Grundwasser bedarf bereits heute entschlossenes politisches Handeln, um zukünftigen Herausforderungen und Konflikten zu begegnen.

Insbesondere das bei Starkregen auftretende zu viel an Wasser muss genutzt werden. Unter anderem um den Wasserbedarf in den Dürremonaten im Sommer ausgleichen zu können. Es müssen Möglichkeiten zur Wasserrückhaltung geschaffen werden. Oberflächenwasser, das derzeit zu schnell abfließt, muss in das Grundwasser infiltriert werden. Auch den

Umgang mit dem Grauwasser (Brauchwasser) muss die Landesregierung grundsätzlich überdenken und neue Wege gehen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist ein umfassendes und ganzheitliches Handeln notwendig, um bereits heute für eine zukunftssichere Wasserversorgung im Morgen zu sorgen. Dies kann mit verschiedenen Maßnahmen passieren. Unter anderem erfordert dies ein entschiedenes Vorgehen der Landesregierung bei der Errichtung von Einrichtungen zur Wasserrückhaltung, insbesondere Wehre. Zur Verfügung stehende Haushaltsmittel aus dem Einzelplan 14 12 und 14 13 sind einseitig zu nutzen, um Maßnahmen im Bereich des Einzelplans 14 02 883 54 neu zu finanzieren.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 10
Hauptgruppe	
Titel	TGr. 72 neu
ggf. Seite	S. 117
Zweckbestimmung	Waldprämie

Neuschaffung der Titelgruppe 72 mit der Bezeichnung "Waldprämie".

Die Titelgruppe umfasst die beiden neu geschaffenen Titel 14 10 231 72 neu sowie 14 10 698 neu.

Begründung:

Der deutsche Wald wird eine Renaissance erfahren müssen, die ihresgleichen sucht. Zunehmend wird der "wahre Wert" unserer Wälder erkannt und ihre wichtigen Funktionen nicht nur in Fachkreisen zur Kenntnis genommen. Neben den klassischen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen rückt die Wichtigkeit und Anerkennung als globaler Kohlenstoffspeicher und damit der Beitrag zum Klimaschutz immer stärker in den Vordergrund. Neben der Sauerstoffproduktion und der Filterung der Luft von Staub ist es insbesondere die Zwischenspeicherung von CO2 bzw. die tatsächliche Klimaschutzleistung durch Holzverwendung, also die langfristige bzw. dauerhafte Speicherung von CO2. Naturverjüngungsprozesse brauchen Zeit, Pflege und Investitionen. Finanzieller Ertrag aus dem Wald besteht heute jedoch fast ausschließlich aus dem Verkauf von Holz bzw. dazugehöriger Förderungen. Nicht oder nicht ausreichend vergütet, werden der Schutz der Biodiversität, Erholungsfunktion, Hochwasserschutz, Sauerstoffproduktion und Luftfilterung, Grundwassereinspeisung und CO2-Bindung. Die Forderung muss daher sein, bei einer CO2-Bepreisung umgedreht auch eine angemessene CO2-Vergütung für den Wald erfolgen zu lassen. Die Bundesregierung sollte die entsprechende CO2-Bindung als "Waldprämie zur Honorierung der Klimaleistung des Waldes" an die Besitzerinnen und Besitzer des Waldes weitergeben. Je nach Bewirtschaftung beträgt die Klimaschutzleistung eines Hektars Wald zwei bis sieben Tonnen CO2 pro Jahr.

Grundlage dieser Förderung ist die Waldbewirtschaftung nach guter forstwirtschaftlicher

Praxis. Der Nachweis der guten forstwirtschaftlichen Praxis kann auf zwei Wegen erbracht werden: Entweder über Bewirtschaftungsverträge mit Fachinstitutionen/Fachfirmen oder im Einzelnachweis der privaten Leistungen. Dieses Programm ist als Startschuss zu sehen. In der Zukunft ist ein gestaffeltes Modell zu erarbeiten, bei dem mehr für mehr Klimaschutzleistung gezahlt wird.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 10
Hauptgruppe	TGr. 72 neu
Titel	231 72 neu
ggf. Seite	S. 111
Zweckbestimmung	Vereinnahmung von Bundesmitteln aus CO2- Zertifikaten für die Klimaleistung des Waldes

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
in Euro						
0	0	+0	+0	0	0	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Leertitel.

Vorgesehen sind Einnahmen des Bundes aus CO2-Zertifikaten für die CO2-Bindung des Waldes.

Begründung:

Der deutsche Wald wird eine Renaissance erfahren müssen, die ihresgleichen sucht. Zunehmend wird der "wahre Wert" unserer Wälder erkannt und ihre wichtigen Funktionen nicht nur in Fachkreisen zur Kenntnis genommen. Neben den klassischen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen rückt die Wichtigkeit und Anerkennung als globaler Kohlenstoffspeicher und damit der Beitrag zum Klimaschutz immer stärker in den Vordergrund. Neben der Sauerstoffproduktion und der Filterung der Luft von Staub ist es insbesondere die Zwischenspeicherung von CO2 bzw. die tatsächliche Klimaschutzleistung durch Holzverwendung, also die langfristige bzw. dauerhafte Speicherung von CO2.

Naturverjüngungsprozesse brauchen Zeit, Pflege und Investitionen. Finanzieller Ertrag aus dem Wald besteht heute jedoch fast ausschließlich aus dem Verkauf von Holz bzw. dazugehöriger Förderungen. Nicht oder nicht ausreichend vergütet werden der Schutz der Biodiversität, Erholungsfunktion, Hochwasserschutz, Sauerstoffproduktion und Luftfilterung, Grundwassereinspeisung und CO2-Bindung. Die Forderung muss daher sein, bei einer CO2-Bepreisung umgedreht auch eine angemessene CO2-Vergütung für den Wald erfolgen zu lassen. Die Bundesregierung sollte die entsprechende CO2-Bindung als "Waldprämie zur Honorierung der Klimaleistung des Waldes" an die Besitzerinnen und Besitzer des Waldes weitergeben. Je nach Bewirtschaftung beträgt die Klimaschutzleistung eines Hektars Wald zwei bis sieben Tonnen CO2 pro Jahr. Grundlage dieser Förderung ist die Waldbewirtschaftung nach guter forstwirtschaftlicher Praxis. Der Nachweis der guten forstwirtschaftlichen Praxis kann auf zwei Wegen erbracht werden: Entweder über Bewirtschaftungsverträge mit Fachinstitutionen/Fachfirmen oder im Einzelnachweis der privaten Leistungen. Dieses Programm ist als Startschuss zu sehen. In der Zukunft ist ein gestaffeltes Modell zu erarbeiten, bei dem mehr für mehr Klimaschutzleistung gezahlt wird.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 10
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	682 11
ggf. Seite	S. 116
Zweckbestimmung	Zuschüsse für Leistungen des Landesbetriebs Landesforsten Rheinland-Pfalz

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
82.318.900	82.318.900	+261.000	+261.000	82.579.900	82.579.900	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Der Wald ist in vielen Teilen von Rheinland-Pfalz identitätsstiftend. Doch der Wald ist noch mehr. Er ist ein effektiver Kohlenstoffspeicher. Er erzeugt Millionen Tonnen Sauerstoff. Der Wald filtert Schadstoffe aus unserer Luft und darüber hinaus ist der Wald einer der wirksamsten Wasserspeicher. Diese Funktionen müssen gefördert werden. Das Land muss mit der Unterhaltung der Forstbehörden, den forstlichen Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen sowie mit den staatlichen Beratungs-, Fortbildungs- und Förderangebote für private und kommunale Waldbesitzer gute Rahmenbedingungen schaffen. Das Land hat hier eine Verantwortung. Deshalb fordert die CDU-Fraktion eine Verbesserung der Zuschüsse für die geleistete Arbeit des Landesbetriebs Landesforsten Rheinland-Pfalz.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 10
Hauptgruppe	TGr. 72 neu
Titel	698 72 neu
ggf. Seite	S. 116
Zweckbestimmung	Waldprämie zur Honorierung der Klimaleistung des Waldes

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023 2024 2023		2024			
	in Euro						
0	0	+0	+0	0	0		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 14 10 231 72 neu geleistet werden.

Begründung:

Der deutsche Wald wird eine Renaissance erfahren müssen, die ihresgleichen sucht. Zunehmend wird der "wahre Wert" unserer Wälder erkannt und ihre wichtigen Funktionen nicht nur in Fachkreisen zur Kenntnis genommen. Neben den klassischen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen rückt die Wichtigkeit und Anerkennung als globaler Kohlenstoffspeicher und damit der Beitrag zum Klimaschutz immer stärker in den Vordergrund. Neben der Sauerstoffproduktion und der Filterung der Luft von Staub ist es insbesondere die Zwischenspeicherung von CO2 bzw. die tatsächliche Klimaschutzleistung durch Holzverwendung, also die langfristige bzw. dauerhafte Speicherung von CO2. Naturverjüngungsprozesse brauchen Zeit, Pflege und Investitionen. Finanzieller Ertrag aus dem Wald besteht heute jedoch fast ausschließlich aus dem Verkauf von Holz bzw.

dazugehöriger Förderungen. Nicht oder nicht ausreichend vergütet, werden der Schutz der Biodiversität, Erholungsfunktion, Hochwasserschutz, Sauerstoffproduktion und Luftfilterung, Grundwassereinspeisung und CO2-Bindung. Die Forderung muss daher sein, bei einer CO2-Bepreisung umgedreht auch eine angemessene CO2-Vergütung für den Wald erfolgen zu lassen. Die Bundesregierung sollte die entsprechende CO2-Bindung als "Waldprämie zur Honorierung der Klimaleistung des Waldes" an die Besitzerinnen und Besitzer des Waldes weitergeben. Je nach Bewirtschaftung beträgt die Klimaschutzleistung eines Hektars Wald zwei bis sieben Tonnen CO2 pro Jahr.

Grundlage dieser Förderung ist die Waldbewirtschaftung nach guter forstwirtschaftlicher Praxis. Der Nachweis der guten forstwirtschaftlichen Praxis kann auf zwei Wegen erbracht werden: Entweder über Bewirtschaftungsverträge mit Fachinstitutionen/Fachfirmen oder im Einzelnachweis der privaten Leistungen. Dieses Programm ist als Startschuss zu sehen. In der Zukunft ist ein gestaffeltes Modell zu erarbeiten, bei dem mehr für mehr Klimaschutzleistung gezahlt wird.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 17
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	891 72
ggf. Seite	S. 231
Zweckbestimmung	Zuschüsse für Investitionen im Energiebereich an öffentliche Unternehmen

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023 2024		2023	2024			
	in Euro							
4.005.000	3.390.000	+500.000	+500.000	4.505.000	3.890.000			

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Nach Satz 1 wird neu eingefügt:

Insbesondere die Planungen für Pumpspeicherkraftwerke werden vorangetrieben.

Begründung:

Öffentliche Gebäude sowie Gebäude von öffentlichen Unternehmen sollten zur Erzeugung von erneuerbaren Energien mit einbezogen werden. Dies entspricht der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, die sich am Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligen muss. Eine Einbeziehung der öffentlichen Gebäude sowie der Gebäude öffentlicher Unternehmen würde sowohl das Ausbaupotenzial als auch die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen. Einer der Herausforderungen ist es, die erzeugte Energie zu speichern. Eine der möglichen Antworten sind hier Pumpspeicherkraftwerke. Im aktuellen Koalitionsvertrag schreibt die Landesregierung: "Wir wollen den Ausbau hocheffizienter, grüner Kraft-Wärme-Kopplung in Verbindung mit Speicher- und Regelkraftwerken auf der Grundlage von Batterien, P2X, Wärmespeichern, Pumpspeichern, Bioenergieanlagen etc. für die Ausregelung der volatilen

Wind- und PV-Stromerzeugung zum Erhalt der Versorgungssicherheit forcieren." Deshalb wird der Landesgesetzgeber dazu aufgefordert, den Worten Taten folgen zu lassen. Die Ermittlung von Potenzialen sowie die Planung von Pumpspeicherkraftwerken sind voranzutreiben und die notwendigen Mittel bereitzustellen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	14 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität
Kapitel	14 18
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	633 01 neu
ggf. Seite	S. 242
Zweckbestimmung	Zuschüsse zur Etablierung von Bürgerbus- Projekten
	Projekten

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023 2024			
	in Euro						
0	0	+250.000	+250.000	250.000	250.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Die Erstberatung bei der Einrichtung von Bürgerbussen wird vollständig durch das Land gefördert.

Begründung:

Bürgerbusse können vor Ort den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und das Nahverkehrsangebot abrunden. Sie stellen weder zu den etablierten Linien noch zum Taxigewerbe eine Konkurrenz dar. Mit einem vergleichsweise kleinen Betrag kann hier ein großer positiver Effekt erreicht werden. Der bisherige Fixkostenzuschuss reicht in der Praxis häufig nicht aus.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 01
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	527 99 neu
ggf. Seite	
Zweckbestimmung	Globale Minderausgabe Dienstreisen
	_

	gierungsvorlage Änderung Ansatz + mehr / - weniger				atz eu	
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
0	0	-194.000	-194.000	-194.000	-194.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Durch den Titel werden die im Einzelplan verteilten Ansätze für Reisekosten um 50 % reduziert.

Begründung:

Die Veränderungen in der Arbeitswelt wurden durch die Folgen der Pandemie zusätzlich und in erheblichem Umfang beschleunigt. Allerorten haben sich die Stärken von digitalen und hybriden Sitzungs- und Veranstaltungsformen etabliert und sind für den Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Auch die Landesregierung soll aus ökologischen und ökonomischen Gründen geeignete Termine dauerhaft auf Videokonferenzen umstellen. Der Ansatz für Dienstreisen wird deshalb um 50 % reduziert.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 05
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	685 22 neu
ggf. Seite	S. 61
Zweckbestimmung	Erweiterung der Studienkapazitäten am Institut für Pharmazie

	Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		satz eu	
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
0	0	+400.000	+800.000	400.000	800.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Zuweisungen zur Erhöhung der Studienplätze für Pharmazie.

Begründung:

Zur notwendigen Fachkräftesicherung in der pharmazeutischen Versorgung im Land müssen die Studienplatzkapazitäten nachhaltig ausgebaut werden, in einem ersten Schritt soll dies über 20 zusätzliche Studienplätze pro Jahr geschehen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 05
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	894 01
ggf. Seite	S. 61
Zweckbestimmung	Zuführungen des Landes für Investitionen

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
5.012.500	5.012.500	+604.610	+604.610	5.617.110	5.617.110		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Universität Mainz ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 06
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	894 01
ggf. Seite	S. 78
Zweckbestimmung	Zuführungen des Landes für Investitionen

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger				atz eu
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
1.502.100	1.502.100	+415.640	+415.640	1.917.740	1.917.740		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Universität Trier ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 07
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	894 01
ggf. Seite	S. 99
Zweckbestimmung	Zuführungen des Landes für Investitionen

	Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu	
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
3.597.800	3.597.800	+519.380	+519.380	4.117.180	4.117.180	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 09
Hauptgruppe	TGr. 99
Titel	812 01 neu
ggf. Seite	S. 140
Zweckbestimmung	Aufstockung der Investitionen für
	Digitalisierungsprogramme

	gsvorlage satz			neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
0	0	+394.330	+394.330	394.330	394.330	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Schaffung einer Haushaltsstelle für Investitionen für Hochschule ohne Globalhaushalt.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Universität Koblenz ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit			
Kapitel	15 10			
Hauptgruppe	TGr. 99			
Titel	812 01 neu			
ggf. Seite	S. 160			
Zweckbestimmung	Aufstockung der Investitionen für			
	Digitalisierungsprogramme			

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu			
2023	2024	2023	2024	2023	2024		
in Euro							
0	0	+329.500	+329.500	329.500	329.500		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Schaffung einer Haushaltsstelle für Investitionen für Hochschule ohne Globalhaushalt.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Verwaltungs-Universität Speyer ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
	1-10
Kapitel	15 13
Hauptgruppe	TGr. 90
Titel	429 90 neu
ggf. Seite	S. 195
Zweckbestimmung	Einrichtung neuer Professuren

Regierung Ans		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
0	0	+3.000.000	+3.000.000	3.000.000	3.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Schaffung neuer Professuren an Hochschulen im Land. Diese beinhalten jeweils eine Professur und zwei Wissenschaftliche Mitarbeiter-Stellen pro neu geschaffenem Lehrstuhl. Fünf Professuren sind dabei in relevanten Zukunftsthemen angesiedelt: drei Professuren im Bereich Künstliche Intelligenz, zwei Professuren im Bereich Date Science (eine dabei mit mathematischem Schwerpunkt, die andere mit Informatik-Schwerpunkt). Zwei Professuren sind zur Stärkung der Lehrerausbildung in Rheinland-Pfalz angedacht: Musik an Grund- und Förderschulen (Speyer) und Islamische Theologie (Mainz). Drei weitere Professuren sind: Verwaltungsinformatik (Speyer), Wasserstoff-Technologie und eine weitere Pharmazie-Professur (Mainz).

Begründung:

Die Schaffung der zehn zusätzlichen Professuren ist notwendig, um in gesellschaftlich relevanten Zukunfts- und Digitalthemen universitäre Lehre in Rheinland-Pfalz in größerem Umfang als bislang anbieten zu können.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 13
Hauptgruppe	TGr. 77
Titel	546 80
ggf. Seite	S. 195
Zweckbestimmung	Sachausgaben für Digitalstrategie im Hochschulbereich

	Regierungsvorlage Ansatz		rung - weniger	Ans ne		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
1.239.900	1.969.100	-1.239.900	-1.969.100	0	0	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Aufstockung von digitalen Mitteln in höherem Umfang in anderen Haushaltstiteln, damit Gelder zielgerichteter eingesetzt werden können.

Begründung:

Zur Anschaffung von digitalen Endgeräten und dem Ausbau bestehender Netzinfrastrukturen an den Hochschulen sollen hier die digitalen Mittel in höherem Umfang in anderen Haushaltstiteln aufgestockt werden. Bislang sind die Hochschulen in Rheinland-Pfalz dahingehend zu wenig ausgestattet.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 13
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	685 06 neu
ggf. Seite	S. 172
Zweckbestimmung	Erweiterung der Studienkapazitäten im Bereich der Medizin

Regierung Ans		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
0	0	+6.680.000	+13.360.000	6.680.000	13.360.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Zuweisungen für die Schaffung 200 zusätzlicher Medizinstudienplätze.

Begründung:

Zur Deckung des Mangels an ausgebildeten Medizinerinnen und Medizinern im Land und der damit verbundenen Aufrechterhaltung eines funktionierenden Gesundheitssystems müssen die Kapazitäten an Studienplätzen in der Medizin nachhaltig erhöht werden. Hierfür ist neben Mainz eine zweite medizinische Fakultät zu gründen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 20
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	514 03
ggf. Seite	S. 207
Zweckbestimmung	Beschaffung von Impfstoffen einschl.
	Bereitstellung

	erungsvorlage Änderung Ansatz + mehr / = weniger		_	. neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
1.661.000	1.661.000	-800.000	-800.000	861.000	861.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Aufgrund des fehlenden Mittelabflusses empfehlen wir eine Reduzierung des Ansatzes.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 20
Hauptgruppe	HGr. 5
Titel	526 01 neu
ggf. Seite	S. 208
Zweckbestimmung	Planung eines Landesgesundheitsamtes
	-

	Regierungsvorlage Ansatz + me		erung - weniger	Ansatz neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
0	0	+500.000	+500.000	500.000	500.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Planungskosten zum Aufbau eines Landesgesundheitsamtes.

Begründung:

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes aufgezeigt und gleichzeitig verdeutlicht, dass eine Verstärkung dieser tragenden Säule des Gesundheitssystems notwendig ist. Wir schlagen deshalb die Schaffung eines Landesgesundheitsamtes als zentrale Behörde zur fachlichen Unterstützung und Koordinierung eines einheitlichen Vorgehens bei einer Pandemiebekämpfung auf Landesebene vor, damit die einzelnen Gesundheitsämter effektiv in ihrer Arbeit unterstützt werden. Über die Pandemiebekämpfung hinaus soll das Landesgesundheitsamt auch allgemein der Förderung der Gesundheit der Bevölkerung dienen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 20
Hauptgruppe	HGr. 6
Titel	683 02 neu
ggf. Seite	S. 211
Zweckbestimmung	Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Ärztinnen und Ärzte aus Nicht-EU-Ländern

	Regierungsvorlage Änderu Ansatz + mehr / =		rung - weniger	Ans ne		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
in Euro						
0	0	+100.000	+100.000	100.000	100.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Die Mittel dienen der Förderung von Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Kenntnisprüfung für Ärztinnen und Ärzte aus dem nicht-europäischen Ausland.

Begründung:

Dem stark wachsenden Ärztemangel gilt es durch eine Vielzahl von Maßnahmen zu begegnen. Ein bereits erfolgreich begonnener Weg ist das Projekt "Ärzte für die Zukunft", um Ärztinnen und Ärzte aus Nicht-EU-Ländern berufsbegleitend auf die Kenntnisprüfung (Voraussetzung für die Approbation als Arzt) vor der Kammer vorzubereiten. Die Kurse beinhalten die wesentlichen klinischen Fächer (Innere Medizin und Chirurgie) sowie Kleingruppenarbeit, in denen spezielle Krankheitsbilder bearbeitet und vorgetragen werden müssen. Der Kurs endet mit einem Probeexamen mit Feedback über die erbrachten Leistungen. Mit vier Kursen mit je 25 Plätzen können pro Jahr 100 Ärzte auf die Kenntnisprüfung vorbereitet und die Durchfallquote so reduziert werden. Für Rheinland-Pfalz ist hierzu eine Landesförderung erforderlich.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 21
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	891 01
ggf. Seite	S. 230
Zweckbestimmung	Zuschüsse an kommunale/staatliche
	Krankenhaus- und Schulträger zu Bau- und
	Einrichtungskosten einschließlich Kosten nach §
	14 LKG. KFA-Mittel

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ans ne	
2023	2024	2023 2024		2023	2024
in Euro					
12.700.000	12.421.000	+5.000.000	+5.000.000	17.700.000	17.421.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 21
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	891 01
ggf. Seite	S. 230
Zweckbestimmung	Zuschüsse an kommunale/staatliche
	Krankenhaus- und Schulträger zu Bau- und
	Einrichtungskosten einschließlich Kosten nach §
	14 LKG. KFA-Mittel

Verpflichtungsermächtigung

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023 2024		2023	2024
in Euro					
5.171.000	5.171.000	+ 12.500.000	+ 12.500.000	17.671.000	17.671.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

	2023 EUR	2024 EUR
Betrag:	17.671.000	17.671.000
davon fällig:		
2024 bis zu	4.500.000	
2025 bis zu	4.500.000	4.500.000
2026 bis zu	4.500.000	4.500.000
2027 bis zu	4.171.000	4.500.000
2028 ff. bis zu		4.171.000

Begründung:

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 21
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	891 09
ggf. Seite	S. 231
Zweckbestimmung	Zuschüsse an kommunale/staatliche Krankenhaus- und Schulträger zu Wiederbeschaffungskosten kurzfristiger Anlagegüter nach § 13 LKG sowie Ausgleichsbeträge gemäß §§ 17 und 18 LKG sowie Zuschüsse für Rehabilitationskliniken KFA- Mittel

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023 2024		2023	2024
	in Euro				
19.500.000	19.500.000	+7.500.000	+7.500.000	27.000.000	27.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 21
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	893 01
ggf. Seite	S. 231
Zweckbestimmung	Zuschüsse an freigemeinnützige/private
	Krankenhaus- und Schulträger zu Bau- und
	Einrichtungskosten einschließlich Kosten nach §
	14 LKG

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023 2024		2023	2024
in Euro					
38.088.100	41.017.200	+5.000.000	+5.000.000	43.088.100	46.017.200

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 21
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	893 01
ggf. Seite	S.231
Zweckbestimmung	Zuschüsse an freigemeinnützige/private
	Krankenhaus- und Schulträger zu Bau- und
	Einrichtungskosten einschließlich Kosten nach §
	14 LKG

Verpflichtungsermächtigung

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023 2024		2023	2024
in Euro					
12.065.000	12.065.000	+ 17.500.000	+ 17.500.000	29.565.000	29.565.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

	2023	2024
	EUR	<u>EUR</u>
Betrag:	29.565.000	29.565.000
davon fällig:		
2024 bis zu	7.300.000	
2025 bis zu	7.300.000	7.300.000
2026 bis zu	7.300.000	7.300.000
2027 bis zu	7.665.000	7.300.000
2028 ff. bis zu		7.665.000

Begründung:

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 21
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	893 09
ggf. Seite	S. 233
Zweckbestimmung	Zuschüsse an freigemeinnützige/private Krankenhaus- und Schulträger zu Wiederbeschaffungskosten kurzfristiger Anlagegüter nach § 13 LKG sowie Ausgleichsbeträge gemäß §§ 17 und 18 LKG sowie Zuschüsse für Rehabilitationskliniken KFA- Mittel

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu
2023	2024	2023 2024		2023	2024
in Euro					
45.500.000	45.500.000	+17.500.000	+17.500.000	63.000.000	63.000.000

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert

Begründung:

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 61
Hauptgruppe	TGr. 99
Titel	812 99
ggf. Seite	S. 282
Zweckbestimmung	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software

	Regierungsvorlage Ansatz				atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
11.500	11.500	+324.660	+324.660	336.160	336.160		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der TH Bingen ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 62
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	894 01
ggf. Seite	S. 290
Zweckbestimmung	Zuführungen des Landes für Investitionen

	Regierungsvorlage Ansatz		ge Änderung + mehr / ■ weniger		atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
667.300	667.300	+361.700	+361.700	1.029.000	1.029.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Hochschule Kaiserslautern ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 63
Hauptgruppe	TGr. 99
Titel	812 99 neu
ggf. Seite	S. 319
Zweckbestimmung	Aufstockung der Investitionen für
	Digitalisierungsprogramme

	Ansatz		Ansatz		erung - weniger	Ans ne	
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
in Euro							
0	0	+395.870	+395.870	395.870	395.870		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Schaffung einer Haushaltsstelle für Investitionen für Hochschule ohne Globalhaushalt.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Hochschule Koblenz ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 64
Hauptgruppe	TGr. 99
Titel	812 99
ggf. Seite	S. 335
Zweckbestimmung	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software

	Regierungsvorlage Ansatz		rung - weniger	Ans ne			
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
53.800	53.800	+347.580	+347.580	401.380	401.380		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Hochschule Ludwigshafen ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 65
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	894 01
ggf. Seite	S. 342
Zweckbestimmung	Zuführungen des Landes für Investitionen

	Regierungsvorlage Ansatz		lage Änderung + mehr / = weniger		atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
400.000	400.000	+357.860	+357.860	757.860	757.860		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Hochschule Mainz ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 66
Hauptgruppe	TGr. 99
Titel	812 99
ggf. Seite	S. 373
Zweckbestimmung	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
15.000	15.000	+369.540	+369.540	384.540	384.540		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Hochschule Trier ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	15 Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Kapitel	15 67
Hauptgruppe	TGr. 99
Titel	812 99
ggf. Seite	S. 392
Zweckbestimmung	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
10.000	10.000	+334.860	+334.860	344.860	344.860		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Hochschule Worms ist zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder sollen für Anschaffungen an der Universität und die Verbesserung der digitalen Ausstattung genutzt werden.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	20 Allgemeine Finanzen				
Kapitel	20 02				
Hauptgruppe	HGr. 3				
Titel	359 01				
ggf. Seite	S. 18				
Zweckbestimmung	Entnahme aus der Haushaltssicherungsrücklage				

	Regierungsvorlage Ansatz + me		erung - weniger	Ansatz neu	
2023	2024	2023 2024		2023	2024
	in Euro				
469.440.000	280.560.000		+102.159.89		382.719.890
			0		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

In Krisenzeiten muss das Land wichtige Impulse in den entscheidenden Bereichen für die Zukunft unseres Landes setzen und Versäumnisse dringend aufholen. Die Gegenfinanzierung des Mehrbedarfs für das Jahr 2024 erfolgt über die Entnahme aus der Haushaltssicherungsrücklage.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	20 Allgmeine Finanzen
Kapitel	20 02
Hauptgruppe	HGr. 4
Titel	461 01
ggf. Seite	S. 20
Zweckbestimmung	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben
_	

Regierung Ans		e Änderung + mehr / ■ weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
	in Euro					
450.600.000	593.400.000	-123.024.785		327.575.215		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die aktuell bindenden Tarifverträge schaffen für das Haushaltsjahr 2023 weitgehende Planungssicherheit. Zusätzliche Risiken, die auf einen Mehrbedarf in der veranschlagten Höhe hindeuten, konnte die Landesregierung nicht vorlegen. Der Ansatz für 2023 ist daher zu reduzieren.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	20 Allgemeine Finanzen
Kapitel	20 04
Hauptgruppe	HGr. 1
Titel	121 36 neu
ggf. Seite	S. 44
Zweckbestimmung	Erträge aus der Erwirtschaftung von PV-Anlagen

	gsvorlage satz	Änderung + mehr / = weniger		neu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024	
	in Euro					
0	0	+10.000.000	+10.000.000	10.000.000	10.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Erwirtschaftete Erträge aus den PV-Anlagen im Rahmen des Programmes "PV auf jedes Landesdach"

Begründung:

Die Errichtung und Bewirtschaftung von PV-Anlagen gilt als grundsätzlich wirtschaftlich. Auch bei den Liegenschaften des Landes sowie bei den Objekten öffentlicher Unternehmen ist davon auszugehen. Die CDU-Fraktion fordert deshalb die Landesregierung dazu auf, den selbst gesteckten Zielen Taten folgen zu lassen und auf jeder Liegenschaft im Eigentum des Landes sowie öffentlicher Unternehmen im Eigentum des Landes Photovoltaikanlagen sowie die dazugehörigen Speicherkapazitäten zu errichten.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	20 Allgemeine Finanzen
Kapitel	20 06
Hauptgruppe	HGr. 8
Titel	883 09
ggf. Seite	S. 68
Zweckbestimmung	Zuweisungen für Maßnahmen im Bereich des Rettungsdienstes sowie der Allgemeinen Hilfe und des Brand- und Katastrophenschutzes

	Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		atz eu		
2023	2024	2023 2024		2023	2024		
	in Euro						
4.000.000	5.100.000	+6.000.000	+4.900.000	10.000.000	10.000.000		

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle bleiben unverändert.

Begründung:

Die von der Landesregierung zur Verfügung gestellten Mittel sind nicht ausreichend, um den Investitionsstau der rheinland-pfälzischen Feuerwehren, der weiterhin über 50 Millionen Euro liegt, zu bekämpfen. Damit der Investitionsstau in den kommenden Jahren kontinuierlich abgebaut werden kann, muss die Haushaltsstelle in den kommenden Jahren dauerhaft bei 10 Millionen Euro liegen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	20 Allgemeine Finanzen			
Kapitel	20 06			
Hauptgruppe	HGr. 8			
Titel	883 23 neu			
ggf. Seite	S. 73			
Zweckbestimmung	Zuweisungen zum kommunalen Straßenausbau			

Regierungsvorlage Ansatz		Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu		
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
in Euro						
0	0		+75.000.000	0	75.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle erhalten folgende Fassung:

Nach dem Wegfall der Rechtsgrundlage für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wird der bisherige Anliegeranteil der Ausbaubeiträge durch das Land getragen.

Begründung:

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist nicht mehr zeitgemäß. Die Grundstückseigentümer haben mit den Erschließungsbeiträgen ihren Anteil zur erstmaligen Herstellung der Verkehrsanlagen geleistet. Alle anfallenden Kosten der Instandhaltung und des evtl. notwendigen Ausbaus sollen alle Nutzer der Straßen über allgemeine Steuern entrichten. Der bisherige Anteil der Ausbaubeiträge der Grundstückseigentümer wird durch das Land übernommen.

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	20 Allgemeine Finanzen			
Kapitel	20 26			
Hauptgruppe	HGr. 6			
Titel	613 01			
ggf. Seite	S. 88			
Zweckbestimmung	Zuweisungen aus dem Kommunalen			
	Entschuldungsfonds, KFA-Anteil			

Regierungsvorlage Ansatz + me		Ände + mehr /	Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
in Euro						
78.000.000	78.000.000		-70.000.000	78.000.000	8.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Es wird folgender Satz ergänzt:

Durch die Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in RLP wird dieser Ansatz in 2024 nicht mehr benötigt. Die Mittel stehen künftig bei 20 06 883 23 neu zur Verfügung.

Begründung:

Aufgrund des neu eingeführten Programms "Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz" werden Kommunen, die bisher am Entschuldungsfonds teilgenommen haben, zukünftig weit überwiegend das neue Entschuldungsprogramm nutzen. Deshalb kann der Großteil des Ansatzes gekürzt werden. Für Kommunen, die den bisherigen Entschuldungsfonds weiter nutzen möchten, verbleibt ein Restansatz.

Bei den Mitteln handelt es sich um KFA-Mittel. Damit sichergestellt wird, dass der gekürzte Betrag vollumfänglich den Kommunen zugute kommt, soll dieser Anteil vollumfänglich als Gegenfinanzierung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge der Kommunen zur Verfügung stehen (Titel 20 06 883 23 neu).

der Fraktion der CDU

zum Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024

Einzelplan	20 Allgemeine Finanzen			
Kapitel	20 26			
Hauptgruppe	HGr. 6			
Titel	613 02			
ggf. Seite	S. 88			
Zweckbestimmung	Zuweisungen aus dem Kommunalen			
	Entschuldungsfonds, Landesanteil			

Regierungsvorlage Ansatz + me		Ände + mehr /	Änderung + mehr / = weniger		Ansatz neu	
2023	2024	2023	2024	2023	2024	
in Euro						
78.000.000	78.000.000		-70.000.000	78.000.000	8.000.000	

Die Erläuterungen zu der vorgenannten Haushaltsstelle werden wie folgt geändert:

Es wird folgender Satz ergänzt:

Durch die Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen kann dieser Ansatz ab 2024 entfallen.

Begründung:

Aufgrund des neu eingeführten Programms "Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz" werden Kommunen, die bisher am Entschuldungsfonds teilgenommen haben, zukünftig weit überwiegend das neue Entschuldungsprogramm nutzen. Deshalb kann der Großteil des Ansatzes gekürzt werden. Für Kommunen, die den bisherigen Entschuldungsfonds weiter nutzen möchten, verbleibt ein Restansatz.